

Bezugspreis: Vierteljahr 7.50 RM., monatlich 2.50 RM. ... Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich einmal Sonntag, einmal.

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Standardzeile kostet 1.20 RM. „Kleine Anzeigen“, das heißt, gedruckt von 50 bis 100 Buchstaben ...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 24. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Der deutsche Völkerbundsentwurf.

Der deutsche Völkerbundsentwurf bemüht sich, das Problem eines engeren Zusammenschlusses der Völker zum Zweck der Garantie dauernden Friedens auf der Grundlage breiter internationaler, demokratischer und sozialer Verantwortungsgefühle zu lösen.

Weiter aber ist der deutsche Entwurf auch bemüht, die Grundgedanken der denkbar größten internationalen Gerechtigkeit und Unparteilichkeit zu finden. Er vertritt die Klassen- und die Rassen- und die Nationalitätenscheidung, die der Ententeentwurf zwischen den Mächten einführt.

Auch nach der spezifisch-pazifistischen Seite hin geht der deutsche Entwurf erheblich weiter als der der Entente. Während der Ententeentwurf sich in der Abzählungsfrage auf das ziemlich vage Versprechen einer Verminderung der Rüstungen beschränkt, bringt der deutsche Entwurf konkrete Abrüstungsvorschläge.

Ueber die Freiheit der Meere folgt der Entwurf der Entente überhaupt nichts, während der deutsche Entwurf sie in weitestem Maße sicherstellt.

Auch in der sozialen Frage begnügt sich der Ententeentwurf mit sehr allgemeinen und wenig verpflichtenden Versprechungen. Der deutsche Entwurf dagegen stellt ein großzügiges Programm des internationalen Arbeiterschutzes und Arbeiterrechts auf.

Gemessen an allgemein idealen Maßstäben der Gerechtigkeit und internationalen Solidarität ist der deutsche Entwurf dem der Entente bei weitem überlegen.

Die französische Antwortnote.

Zusicherung der Bewegungsfreiheit - Schweigen über die Verhandlungsfrage.

Berlin, 23. April. Der Divisionsgeneral Rudant, Vorsitzender der ständigen interalliierten Waffenstillstandskommission hat an den Vorsitzenden der Deutschen Waffenstillstandskommission folgende Note überhandelt:

Der Marschall-Oberbefehlshaber der alliierten Armeen telegraphiert am 22. April unter der Nummer 2093:

Wollen Sie die folgende Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen der deutschen Regierung übermitteln:

1. Die deutschen Delegierten können abreisen, wann sie hierzu bereit sind. Die deutsche Regierung wird gebeten, den Termin ihrer Abreise so schnell wie möglich bekannt zu geben.

2. Die deutschen Delegierten werden jede Bewegungsfreiheit zur Erfüllung ihrer Mission haben. Ebenso haben sie völlige Freiheit für telegraphische und telefonische Verbindung mit ihrer Regierung.

3. Die deutschen Delegierten können schon jetzt ihre Dreimitgliederkommission nach Versailles senden, um die Unterbringung vorzubereiten.

Die deutsche Friedensdelegation wird also am Montag ihre schicksalsschwere Reise antreten. Ihren Mitgliedern ist Bewegungsfreiheit zugesichert, über die Frage der Verhandlungen schweigt sich die französische Note aus.

Die deutsche Delegation weiß sehr genau, daß man sie nicht nach Versailles lädt, um ihr angenehme Eröffnungen zu machen. Sie ist bereit, und die deutsche Regierung ist bereit, jedes Opfer zu bringen, das die Verwirklichung der Grundzüge Wilsons und die Herstellung eines dauernden Friedens von Deutschland fordert.

Wir kämpfen jetzt mit unblutigen Waffen nicht für nationale Interessen, sondern für internationale Ziele; nicht für den Ehrgeiz Wilhelms, sondern für die Grundzüge Wilsons, die wir angenommen und uns zu eigen gemacht haben.

Wir wollen verhandeln, wollen mit den Völkern der ganzen Welt Frieden machen, nur mit dem Militarismus und Chauvinismus könnten wir keinen Frieden machen.

Die nächste Sitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung findet am 2. Mai in Berlin statt.

Sichtsbesugniss über die ungeheuren Kolonialreiche der Siegerstaaten, die durch den Krieg noch anzunehmen versprochen. Eine Annahme des deutschen Entwurfs würde freilich bedeuten, daß der Ententeimperialismus alle Pläne auf kriegerische und wirtschaftliche Weltbeherrschung aufgibt.

der Gerechtigkeit wirkt. Neben jeder halben und verzerrten Ausführung des Völkerbundes steht er künftig als stumme und doch eindringliche Kritik. Dauernd wird der deutsche Entwurf auch den Völkern der Gegenseite nicht geheimgehalten werden können.

Vorschläge der deutschen Regierung für die Errichtung eines Völkerbundes.

I. Grundlagen.

1. Der Völkerbund soll durch obligatorische Schlichtung internationaler Streitigkeiten unter Verzicht auf Waffengewalt den dauernden Frieden zwischen seinen Mitgliedern auf die sittliche Macht des Rechtes gründen und als internationale Arbeitsgemeinschaft dem geistigen und materiellen Fortschritt der Menschheit dienen.

Er wird auf ewige Zeiten geschlossen und bildet eine Einheit zur gemeinsamen Verteidigung nach außen. Die Mitglieder gewährleisten einander ihren territorialen Besitz und enthalten sich gegenseitig der Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten.

2. Besondere Zwecke des Völkerbundes sind:

- a) die Verhütung internationaler Streitigkeiten; b) Abrüstung; c) die Sicherung der Verkehrsfreiheit und der allgemeinen wirtschaftlichen Gleichberechtigung; d) der Schluß der nationalen Minoritäten; e) die Schaffung eines internationalen Arbeitsrechts; f) die Regelung des Kolonialwesens.

3. Der Völkerbund umfaßt:

- a) alle kriegführenden Staaten einschließlich der während des Krieges neu entlassenen; b) alle neutralen Staaten, die dem Haager Weltfriedensvertrag angeschlossen waren; c) alle anderen, wenn sie von zwei Dritteln der bereits vorhandenen Bundesmitglieder zugelassen werden.

Dem Völkerbunde steht der Eintritt in den Völkerbund vorbehalten.

4. Die Mitglieder verpflichten sich, keinen dem Zwecke des Bundes widersprechenden Sondervertrag abzuschließen, auch kein Geheimabkommen irgend welcher Art zu treffen. Bestehende Verträge solcher Art sind aufzuheben. Geheime Verträge sind nichtig.

II. Verfassung.

- a) der Staatenkongreß; b) das Weltparlament; c) der ständige internationale Gerichtshof; d) das internationale Vermittlungsammt; e) die internationalen Verwaltungsamter; f) die Ränge.

A. Der Staatenkongreß.

6. Der Staatenkongreß ist die Versammlung der Vertreter der Völkerbundsstaaten. Jeder Staat hat einen bis drei Vertreter; die Vertreter können nur einseitig abstimmen.

7. Der Kongreß tritt mindestens jedes dritte Jahr zusammen.

8. Regelt die Geschäftsführung des Völkerbundes durch den Kongreß oder seinem ständigen Ausschuss.

9. Die Beschlüsse des Kongresses werden, soweit der Vertrag nichts anderes bestimmt, mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der vertretenen Staaten gefaßt.

B. Das Weltparlament.

10. Das erste Weltparlament setzt sich zusammen aus Vertretern der einzelnen Parlamente der Völkerbundsstaaten. Jedes einzelne Parlament wählt für je eine Million der Bewohner seines Staates einen Vertreter; doch darf kein Parlament mehr als zehn Vertreter entsenden.

11. Ueber die spätere Zusammensetzung des Weltparlamentes entscheidet das Weltparlament unter Zustimmung des Staatenkongresses.

12. Die Zustimmung des Weltparlamentes ist erforderlich für: a) die Änderung der Bundesverfassung; b) die Aufstellung allgemein gültiger internationaler Rechtsnormen; c) die Einsetzung neuer Bundesbehörden; d) die Feststellung des Bundeshaushalts.

In diesen Angelegenheiten besitzt das Weltparlament zugleich die Initiative.

13. (Regelt Zusammentritt und Geschäftsordnung des Weltparlamentes.)

C. Der ständige internationale Gerichtshof.

14. Der internationale Gerichtshof wird vom Staatenkongreß auf die Dauer von neun Jahren wie folgt gewählt:

Jeder Staat schließt mindestens eine und höchstens vier Personen vor, die geeignet und bereit sind, das Richteramt zu übernehmen.

Mindestens einer der Vorgesetzten soll nicht Angehöriger des vorgeschlagenen Staates sein.

Aus der Gesamtliste der Vorgesetzten bezeichnet jeder Staat fünf Personen; die fünfzehn Personen, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen, sind zu Richtern gewählt.

16. Der Gerichtshof trifft seine Entscheidungen in der Besetzung von drei Mitgliedern, von denen jede Partei eines wählt. Den Vorsitzenden bestimmt, falls sich die Parteien nicht über ihn einigen, der Gerichtshof in seiner vollen Besetzung.

D. Das internationale Vermittlungsamt.

16. Für das internationale Vermittlungsamt ernannt jeder Staat vier Wahlmänner seines Vertrauens. Die Wahlmänner treten zu einer Tagung zusammen und wählen mit Stimmenmehrheit die fünfzehn Mitglieder des Vermittlungsamtes sowie zehn Erfahrunner, deren Reihenfolge bei der Wahl zu bestimmen ist.

17. Das Vermittlungsamt faßt seine Beschlüsse in der Besetzung von fünf Mitgliedern, von denen jede Partei zwei wählt. (Wahl des Vorsitzenden wie unter 16.)

18. Die Mitglieder des Vermittlungsamtes dürfen weder in einem aktiven Dienstverhältnis zu ihrem Heimatstaat stehen, noch gleichzeitig Mitglieder einer anderen Behörde des Völkerbundes sein.

Sie nehmen ihren Aufenthalt am Sitz des Völkerbundes.

E. Die internationalen Verwaltungsamter.

19. Der Völkerbund wird alle Bestrebungen für die Zusammenarbeit der Völker fördern und auf die Weiterführung der bestehenden und die Schaffung neuer internationaler Einrichtungen hinwirken. Dies gilt besonders für die Gebiete des Rechts, der Wirtschaft und des Finanzwesens.

20. Die bestehenden Unionen werden dem Völkerbunde nach Möglichkeit angegliedert.

21. Alle internationalen Bureaus, die früher durch Kollektivverträge eingeführt worden sind, werden, wenn die Vertragsparteien zustimmen, unter die Aufsicht des Bundes gestellt.

22. Alle internationalen Bureaus, die künftig gebildet werden, stehen unter der Aufsicht des Bundes.

F. Die Bundeskanzlei.

Aus den Bestimmungen ersehen wir:

25. Die Mitglieder des Völkerbundes verpflichten sich, die Beschlüsse und Kundgebungen des Staatenkongresses und des internationalen Vermittlungsamtes in ihrer amtlichen Publikationsorganen im Originaltext und in der Bundessprache zu veröffentlichen und ihren gesetzgebenden Körperschaften vorzutragen.

G. Stellung der Bundesbeamten.

27 und 28 sichern allen Mitgliedern der internationalen Behörden und des Parlamentarismus die diplomatischen Vorrechte und Freiheiten sowie in dem Maße, dem sie anerkennen, dieselben Rechte wie Parlamentarismitglieder dieses Staates.

III. Friedliche Schlichtung internationaler Streitigkeiten.

29. Alle zwischenstaatlichen Streitigkeiten, die auf diplomatischem Wege nicht haben erledigt werden können und für die nicht eine besondere Schlichtergerichtsbarkeit vereinbart wird, müssen entweder durch den ständigen internationalen Gerichtshof ausgetragen oder durch das internationale Vermittlungsamt geregelt werden.

30. Das regelmäßige Organ für die Entscheidung von zwischenstaatlichen Rechtsstreitigkeiten ist der internationale Gerichtshof. Jedes Mitglied des Völkerbundes hat hier ein Recht zur Klage, auf die sich der Gegner einlassen muß. Die Entscheidungen ergreifen im Namen des Völkerbundes.

Das gleiche gilt für das Verfahren vor dem Vermittlungsamt.

31. Betrifft sonstige Zuständigkeit des internationalen Gerichtshofes.

32. Den beteiligten Staaten bleibt vorbehalten, für einzelne Streitfälle oder bestimmte Arten von Streitfällen Schiedsverträge abzuschließen. Diese Befugnis steht ihnen jedoch nicht zu, soweit es sich um die Auslegung allgemeiner geschriebener Normen des internationalen Rechtes oder um die Auslegung der Satzung des Völkerbundes handelt.

33. regelt die Zuständigkeit zwischen dem internationalen Gerichtshof und dem Vermittlungsamt.

34. Betrifft die Verfahrensordnung vor Gerichtshof und Vermittlungsamt.

Sowohl der Gerichtshof als das Vermittlungsamt sind befugt, das Streitverhältnis für die Dauer des Verfahrens durch eine vorläufige Regelung zu regeln.

35. Die Entscheidung des Gerichtshofes erfolgt nach den internationalen Vereinbarungen, dem völkerrechtlichen Gewohnheitsrecht und nach den allgemeinen Grundsätzen von Recht und Billigkeit.

36. Die Entscheidung des Gerichtshofes oder des Vermittlungsamtes verpflichtet den betroffenen Staat, ihren Inhalt nach Treu und Glauben auszuführen.

IV. Verhütung internationaler Streitigkeiten.

37. Stellt das Vermittlungsamt fest, daß in den Beziehungen einzelner Völkerbundsstaaten eine Spannung eingetreten ist, so kann es den beteiligten Staaten seine Vermittlung anbieten. Diese sind dann verpflichtet, die Angelegenheit vor dem Vermittlungsamt zu erörtern und ihm die Unterlagen für einen Vorschlag zur Lösung der Krise zu geben.

38. Jeder Völkerbundsstaat ist verpflichtet, die Verschärfung eines anderen Vorgesetzten in Wort, Schrift oder Bild durch seine Gesandtschaft und Verwaltung zu bekämpfen. Bei Verletzung dieser Pflicht kann der geschädigte Staat die Entscheidung des internationalen Gerichtshofes anrufen.

39. Zwischen den Staaten des Völkerbundes gilt eine wechselseitige Verpflichtung solche tatsächlichen Behauptungen, die durch die Presse des einen Staates zum Nachteil des anderen veröffentlicht worden sind, jederzeit zu berichtigen. Bei Verletzung der Berichtigung entscheidet der internationale Gerichtshof.

V. Abrüstung.

40. Die Mitglieder des Völkerbundes werden ihre Rüstungen zu Lande und in der Luft zu begrenzen, daß von ihnen nur die zur Sicherheit des Landes erforderlichen Streitkräfte unterhalten werden.

Sie werden ihre Rüstung zur See auf die Nachmittel beschränken, die zur Verteidigung ihrer Küsten erforderlich sind.

41. Gesamtjahresausgaben zu Rüstungen nach Vorschlag und Abrechnung sowie die Differenz der Effektivbestände an Truppen und Kriegsmitteln aller Art, insbesondere an Kriegsschiffen, sind jedes Jahr der Bundeskanzlei einzureichen und von dieser in dem Publikationsorgan des Völkerbundes zu veröffentlichen.

42. Zur Durchführung der Abrüstung wird ein besonderes Abkommen getroffen, das auch die internationale Kontrolle über die Innehaltung der getroffenen Vereinbarungen enthält.

Das Abkommen bildet einen wesentlichen Bestandteil der Verfassung des Völkerbundes.

VI. Verkehrsfreiheit.

43. Die Herrschaft über das Meer wird dem Völkerbund übertragen. Er übt sie durch eine internationale Seepolizei aus, über deren Organisation ein besonderes Abkommen entscheidet. Die für die Seepolizei erforderlichen Nachmittel werden zwischen der Seeämtern des Völkerbundes durch das Abkommen kontingentiert.

Außer den Schiffen der Seepolizei dürfen keine bewaffneten Schiffe das Meer befahren.

44. Die für den internationalen Seeverkehr unentbehrlichen Meeresengen und Kanäle stehen den Schiffen aller Völkerbundsstaaten gleichmäßig offen.

45. Kein Völkerbundsstaat darf die See- und Binnenschifffahrt eines anderen Völkerbundsstaates ungünstiger behandeln als diejenige des eigenen oder des meistbegünstigten Landes.

46. Die Luft steht dem Verkehr der Luftfahrzeuge aller Völkerbundsstaaten gleichmäßig frei. Zur Durchführung dieses Grundsatzes wird ein besonderes Abkommen getroffen.

47. Kein Völkerbundsstaat darf in der Freiheit des Kabelf- und Funkfernverkehrs beschränkt werden.

48. Die Rechtsstellung der Angehörigen des einen Völkerbundsstaates im Gebiete des anderen in bezug auf persönliche Freiheit, Kulturfreiheit, Aufenthalt, und Niederlassungsrecht sowie Gerichtshofen regelt ein besonderes Abkommen auf der Grundlage möglicher Gleichstellung mit den Einwohnern.

49. In der Ausübung von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft sollen die Angehörigen des einen Völkerbundsstaates im anderen Völkerbundsstaat den Einwohnern gleichgestellt sein, insbesondere auch hinsichtlich der damit verbundenen Steuern und Zinsen.

50. Die Völkerbundsstaaten werden sich weder unmittelbar noch mittelbar an Maßnahmen beteiligen, die auf eine Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Wirtschaftskrieges abzielen. Zwangsmaßnahmen des Völkerbundes bleiben vorbehalten.

51 und 52 behandeln Beseitigung von Durchfuhrabgaben. Ferner soll der gegenseitige Verkehr innerhalb des Völkerbundes nicht durch Ein-, Aus- und Durchfuhrabgaben gehemmt werden.

53 bezeichnet als Ziel der wirtschaftlichen Bestrebungen die Schaffung eines Weltmarktvertrages.

VII. Schutz der nationalen Minderheiten.

54. Den nationalen Minderheiten innerhalb der einzelnen Völkerbundsstaaten wird ein nationales Eigenleben, insbesondere in Sprache, Schule, Kirche, Kunst, Wissenschaft und Presse verbürgt.

Ueber die Durchführung dieses Grundsatzes entscheidet ein besonders Abkommen, das vornehmlich bestimmt, in welcher Weise das Recht der Minderheiten vor den Organen des Völkerbundes geltend gemacht werden kann.

VIII. Arbeiterrecht.

55. Es gehört zu den Hauptaufgaben des Völkerbundes der Arbeiterklasse aller Gliedstaaten ein menschenwürdiges Dasein und die Freude an der Berufstätigkeit zu sichern. Ein besonderes Abkommen, in der Anlage beigefügtes Abkommen regelt zu diesem Zwecke für die Arbeiter die Fragen der Freizügigkeit, des Nulltarifsystems, der Gleichstellung der Frauen und Ausländer in bezug auf die Arbeitsbedingungen, der Arbeitsvermittlung, der Sozialversicherung, des Arbeiterschutzes, der Heimkehr, der Arbeitsaufsicht und der internationalen Durchführung und Fortbildung dieser Normen.

56. Für die Verbesserung und den Ausbau des Arbeiterrechts soll bei der Bundeskanzlei ein Weltarbeitsamt eingerichtet werden.

IX. Kolonien.

57. Für die Verwaltung der Kolonien, die nicht das Recht der Selbstverwaltung besitzen, schafft der Völkerbund eine internationale Ordnung auf folgenden Gebieten:

- a) der Schutz der Eingeborenen gegen Sklaverei, Alkohol, Waffen- und Munitionshandel, Kollisionsfälle, Zwangsarbeit und Zwangseingeweiung;
- b) die Fürsorge für Gesundheit, Erziehung und Wohlstand der Eingeborenen und die Sicherung der Gewissensfreiheit;
- c) die Sicherung des Friedens durch Neutralisierung der Kolonialgebiete und durch Verbot der Militarisierung.

58. Betrifft die Missionen.

59. Den Angehörigen aller Völkerbundsstaaten wird die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung unter Berücksichtigung der bestehenden allgemeinen Bestimmungen über die Verkehrsfreiheit in jeder Kolonie gewährleistet.

60. Zur Ausführung und Lieberwachung der bestehenden Bestimmungen wird ein Weltkolonialamt eingerichtet. In jeder Kolonie sind Bevollmächtigte des Völkerbundes verpflichtet, über die Innehaltung der bestehenden Bestimmungen zu wachen.

61. Ueber das Schicksal der dem Völkerbund nicht unmittelbar oder mittelbar angeschlossen Gebiete kolonialen Charakters kann nur durch Beschluß des Völkerbundes zu Gunsten eines Mitglieds verfügt werden.

X. Vollstreckung.

62. Weigert sich ein Völkerbundsstaat Sprüche, Beschlüsse oder Verfügungen eines zuständigen Organes des Völkerbundes auszuführen oder verleiht er sonst eine Bestimmung der Bundesverfassung, so beschließt das Vermittlungsamt in seiner Vollbeziehung von fünfzehn Mitgliedern über die Zwangsvollstreckung.

63. Die Zwangsvollstreckung kann insbesondere bestehen in:

- a) Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch alle übrigen Staaten;
- b) Einschränkung oder Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen, namentlich Ein- und Ausfuhrverbote, ungleichmäßige Zollbehandlung, Sperrung des Verkehrs, Güter- und Nachrichtenverkehr, Beschlagnahme von Schiffen;
- c) militärische Maßnahmen, die dem verletzten Staat allein oder in Verbindung mit anderen Staaten aufgetragen werden.

64. Jeder Staat hat das Recht, bei einem Angriff auf sein Gebiet nicht nur zu den Nachmitteln des Völkerbundes, sondern sofort zur Selbsthilfe zu greifen.

Klaus Groth.

1910 — 24. April — 1910.

Klaus Groth stammt aus der Havelheimat, aus Dithmarschen. „Hier saß allein auf deutschem Boden“, sagt der Literaturhistoriker Parthey, „hat sich die Entwicklung des deutschen Volkes frei und unbeeinträchtigt von Fremden, man möchte fast sagen, folgerichtig vollzogen. Hier hat sich die urgermanische Volkstheorie durch Jahrhunderte ungebrochen erhalten und ist insstande gewesen, den Abel zu unterdrücken, die Sklaverei spurlos zu verdrängen, den Bauern zum Herrn werden zu lassen, und bei politischen und sozialen Einrichtungen entwickelt, die das Dithmarschen, wenigstens der Mittelzeit, als Keimen republikanischer Rüsterei hinstellen.“ Eine Dithmarschener wie die Groths ward nur auf dem Boden eines Volkstums möglich, das sich in seiner Eigenart so rein erhalten hat, wie der Niederdeutschentum auf Marsch und Geest. Die Tragik unserer Kunst ist die Persönlichkeit. Die Kultur selbst unserer Groths ist rein persönlich und dadurch problematisch. Bei Groth aber ist es so, daß seine individuelle Lyrik nur wenig abweicht, während er eine Höhe lyrischer Kunst darstellt, wo er aus der seelischen und sprachlichen Verbundenheit mit dem Volkstum dichtet. Er ist Volksdichter im des Wortes wahrer Tiefe. Erst im Geistes erfüllt er sich selber. Er formt das Denken und Fühlen seines Volkes in den Worten einer Sprache, die die Seele des Volkes selber ist, im Gegensatz zu der abgeschliffenen ensinnlichten Schrift- und Bildungssprache, die uns allgemeine, begriffliche Zeichen gibt anstatt Anschauung, anstatt sinnlicher Erlebnis. Die Dithmarschener nennen mit Recht den „Quidborn“ „schlecht“ „dat wood“. Er ist nicht etwa nur im Dialekt geschrieben. Er ist, und deshalb ist er unübersehbar, im Dialekt empfunden, und das ist seine Stärke.

Als der Rüdchenschullehrer aus Geide in den Revolutions- und Kriegsjahren 1848 bis 1852 auf der Insel Fehmarn daran ging, die Seele der Heimat in ihren ureigenen Lauten sprechen zu lassen, war er ohne Vorgänger. Der Dialekt war das Abschreibebüchlein. Man hatte noch nicht den Jungbrunn der Sprache in ihm erkannt, daraus die überbildete sich wieder schöpferische Kraft des Ausdrucks und das Vermögen der Anschaulichkeit zu holen vermag. Gebt! schrie später an Groth: „Ihr Welt ist um so mehr zu bewundern, als Sie das Instrument, worauf Sie spielen, erst bauen mußten.“ Die ersten Anregungen kamen dem Groth aus den hohen Reimereien wandernder Dialektdichter. Seine Vorbilder aber, die den Begriff der Volksbildung in ihm weckten, waren Robert Burns und J. F. Hebel. Sie gaben ihm den Mut zu seinem Willen. Zunächst aber mußte er die Sprache zum Ausdruck fähig machen. Es galt, es er aus Welt gehen konnte, aus genauestem Studium der musikalischen Möglichkeiten „das Instrument zu bauen“. Es war keine kleine

Arbeit, die nicht Medegenahme zu schmeiden, daß sie des nüancierten Ausdruck fähig wurde. Groth hat sie geliebt und hat den seltenen Reichtum der Mundart an Empfindung und Anschauung offenbar gemacht. Sie ist durch ihn zur echten, vollständigen Dichtersprache geworden. In dem Dichter aber aus dem Geist der Sprache dichtet, dichtet er aus der Seele des Volkes. Es gibt Gedichte bei Groth, die die Sprache und somit das Volk selber gedichtet zu haben scheint, und die vollkommen als Naturlaut wirken. In Klaus Groth war die Sprachphantasie seines Volkes schöpferisch geworden, und darin liegt seine so einzige Bedeutung.

Es ist nicht das Volkstum in seinem ganzen Umfang, das Groth in seinen Gedichten darstellt. Ihm sind nur die lyrischen Empfindungen voll zugänglich, trotzdem er auch im Genremassen Schönes zuwege bringt. Im Dithmarschen aber ist er von einem großen Reichtum, und die besten Gedichte sind aus sich selber Melodie. Friedrich Hebel sagt von einem Stück wie „Maten Doo“: „Sehen Sie, das ist Poesie, das ist lyrische Empfindung, das ist Gestalt und Ton zugleich; demgegenüber verhalten sich alle Gedanken- und Empfindungsgedichte, sie mühen so trefflich sein, wie sie wollen, wie Schatten zu Körpern, wie Bildung zur Intuition. Groths Lyrik hat durchaus das Ansehen einer Naturgabe, und sie ist unüberwindlich in ihrer einfachen Naturgewachsenheit wie das Grothsche Gedicht oder das Volkslied. Man lese ein paar Strophen wie diese:

Kumm du um Netternoch,
Kumm du Kock een.
Roder flüp, Roder flüp,
It flap alleen.

Kumm anne Afdendoer,
Kumm anne Klink:
Roder flüp, Roder flüp,
Dat deit de Wind.

Oder jones rühende:
De sa mi so bel, und if sa em keen Wort,
Und all wat ik sa, weer: Jehann, if mu fut.

Ober auch die paar persönlichen Stücke wie das elegische „Min Port“ und die Trimmerungsober an den Bruder: „Min Jehann“:

Ik muß, wie weern noch keen, Jehann,
Da meer de West so groot!
Wie seien op den Steen, Jehann,
Weest noch li Kavens Got.

Am Heben sell de stille Raan,
Wie sagen, wa de leep,
In snaken, wa de Himmel hoch
Un wa de Tot wul deep.

Groths Leben verlief in stillem Gleichmaß zwischen den beiden Logen, dem 24. April 1818, da es in Geide, dem kleinen Dörfchen

an der Grenze von Marsch und Geest, geboren wurde, und dem 1. Juni 1890, da er in Kiel starb. Seine Zeit heißt der „Quidborn“ — „dat wood“. Es erschien 1852 und wurde später noch um eine Anzahl Stücke vermehrt. Was Groth außer diesem Werke schrieb, ist nur von sekundärer Bedeutung. P. H.

Shaws Winke für die Friedenskonferenz.

„Friedenskonferenz-Winke“ nennt George Bernard Shaw ein fauchen erschienenes Buch, in dem er zu den Fragen des Völkerbundes und des kommenden Friedens Stellung nimmt. Der große Schriftsteller bezieht das in England besonders unverzeihliche Verbrechen, an angeblich ganz klaren Dingen zu zweifeln, wie an der Neutralität Belgiens, an den deutschen Kreuzfahrten und an vielem andern. Shaw ist ein begeisterter Vertreter der Völkerbundsdece und steht in ihr die einzige Möglichkeit, das grauenvolle Elend zu wenden, das sonst über die Welt hereinbrechen muß. Aber so leidenschaftlich er für einen wirklichen Bund aller Völker sich einsetzt, so scharf lehnt er die Form ab, die man dem Völkerbund jetzt in Paris geben will. „Es muß viel mehr geschaffen werden“, sagt er, „als bloße Vorgesellschaften, die die Mitglieder des Völkerbundes übernehmen. Sie müssen eine über den Nationen stehende Gesetzgebung erstellen und einen über den Nationen stehenden Gerichtshof einsetzen, genau so wie die Vereinigten Staaten eine über den einzelnen Staaten stehende Gesetzgebung und Gerichtshof durchgesetzt haben.“ Ohne diese Gründung des Völkerbundesgebundes über die Interessen der Einzelstaaten steht Shaw die Entscheidung einer Weltordnung voraus, in der es nur „Spartaner und Heloten“ gibt.

Während diese Völkerbundsdece Shaw in manchen englischen Kreisen sympathisch aufgenommen werden, ist man allgemein entsetzt über seine Behandlung wichtiger Streitfragen des Krieges. Shaw erinnert an zwei Prophezeiungen, die er zu Anfang des Krieges gemacht habe. Beide Prophezeiungen Shaws sind nach den Ausführungen seines neuen Buches vollauf eingetroffen: die Deutschen fanden in Brüssel jene Gesandtenberichte, die zeigten, wie wenig sich Belgien in den Jahren vor dem Kriege an die ihm auferlegte Neutralität gehalten hatte, und England selbst kam in die Lage, durch seine Behandlung Griechenlands ein neutrales Land zu vergewaltigen. Auch in der Kreuzfrage gibt Shaw durchaus nicht den Deutschen alle Schuld, sondern stellt fest, daß auf beiden Seiten geübelt wurde, daß solche Kreuzverhältnisse die Verschärfung jedes Krieges sind und daß „in bezug auf Grausamkeit und Gemeinheit alle Völker durchschnittlich so ziemlich auf dem gleichen Niveau stehen.“

Die deutsche Maisfestzeit.

Die Festschrift zur Reisezeit, die der Verlag der Buchdruckerei Torswardt im Auftrag der Partei hergerichtet hat, hat nunmehr vor. Sie kostet 20 Pf. In ihrer Kraft in Rücksicht auf Ausblick vor. Sie kostet 20 Pf. In ihrer Kraft in Rücksicht auf Ausblick vor. Sie kostet 20 Pf. In ihrer Kraft in Rücksicht auf Ausblick vor.

68. Die Kosten und Schäden, die den Mitgliedern des Völkerbundes einzeln oder gemeinsam aus den Maßnahmen der Volkserziehung entstehen, zahlt der friedbrechende Staat.

XI. Kosten.

69. Die gesamten Kosten des Völkerbundes werden von den Mitgliedern nach einem Schlüssel aufgebracht, der von dem Staatenkongress in Anlehnung an den Schlüssel des Weltpostvereins festgesetzt wird.

Abkommen über das Arbeiterrecht.

(Wir geben nachfolgend einen Auszug des Entwurfs, der eine Beilage zu dem Völkerbündentwurf darstellt. Red. d. Wort.)

Artikel 1. Freizügigkeit, Koalitionsrecht, Arbeitsbedingungen.

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, die Freizügigkeit der Arbeiter in ihrem Gebiete nicht durch den Erlaß von Auswanderungs- oder allgemeinen Einwanderungsbeschlüssen zu beschränken. Jeder vertragschließende Teil wird in seinem Gebiete das Recht der Arbeiter auf Koalitionsfreiheit durch Erlaß entsprechender Vorschriften sicherstellen. Jede Behinderung der Ausübung des Koalitionsrechts ist unter Strafe zu stellen.

Alle ausländischen Arbeiter haben Anspruch auf die von den Gewerkschaftsorganisationen mit den Arbeitgebern ihres Berufs vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen oder, sofern solche Vereinbarungen nicht bestehen, auf die örtlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen ihres Berufs. Entgegenstehende Verträge sind als nichtig zu erklären.

Artikel 2. Arbeitsvermittlung.

Jede Anwendung von Arbeitern für das Ausland unter Bedingungen, die dem Artikel 1 Abs. 3 nicht entsprechen, ist zu verbieten und unter Strafe zu stellen. Im Widerspruch hienüt angewandene Personen sind von der Einwanderung auszuschließen, auch sind die mit ihnen geschlossenen Arbeitsverträge als nichtig zu erklären.

Artikel 3. Sozialversicherung.

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, soweit dies noch nicht der Fall ist, eine Pflichtversicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Betriebsunfall, Invalidität, Alter und Arbeitslosigkeit sowie eine Hinterbliebenen- und eine Mutterschaftsversicherung durchzuführen und die Sozialversicherung auf die Heimarbeit auszu dehnen.

Für die Beiträge und Leistungen der im Absatz 1 erwähnten Versicherung sind die ausländischen Arbeiter während ihres Aufenthalts im Inlande den Inländern grundsätzlich gleichzustellen.

Artikel 4. Arbeiterlohn.

Jeder vertragschließende Teil wird in seinem Gebiete die zum Schutze der Arbeiter erlassenen Bestimmungen über die allgemeine Arbeits hygiene in Betrieben aller Art, insbesondere die Vorschriften zur Verhütung von Unfällen und Krankheiten ausbauen. Für alle Arbeiter, die in gefährlichen Betrieben beschäftigt werden, sind besonders wirksame Vorschriften zum Schutze der Gesundheit zu erlassen.

Die vertragschließenden Teile werden, soweit dies noch nicht geschehen ist, dafür sorgen, daß die regelmäßige Arbeitszeit der Arbeiter in gewerblichen Betrieben acht Stunden täglich nicht überschreitet. Die Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens ist gesetzlich für weibliche und jugendliche Personen sowie für alle Betriebe zu verbieten, die nicht ihrer Art nach aus technischen Gründen auf die Nachtarbeit angewiesen sind. Auch soll dafür Sorge getragen werden, daß allen Arbeitern wöchentlich und zwar in der Zeit von Sonnabend bis Montag eine zusammenhängende Ruhepause von mindestens 32 Stunden gewährt wird.

Am Tage vor Sonn- und Feiertagen dürfen Arbeiterinnen nicht länger als 4 Stunden und nicht nach 12 Uhr mittags beschäftigt werden. Vor und nach der Niederkunft dürfen Arbeiterinnen im ganzen während 10 Wochen, nach der Niederkunft wenigstens 6 Wochen nicht gewerblich beschäftigt werden. Für gleiche Arbeitsleistung ist den weiblichen Arbeitern der gleiche Entgelt zu gewähren wie männlichen Arbeitern.

Die vertragschließenden Teile werden das Alter für die Zulassung von Kindern zu gewerblichen, industriellen, kommerziellen und landwirtschaftlichen Lohnarbeiten sowie für die Entlassung aus der Schule auf das vollendete 14. Lebensjahr festsetzen.

*) Die Bezeichnung „Arbeiter“ schließt sowohl die Arbeiterinnen als auch alle Gruppen der Angestellten ein.

Matt: Was haben wir erreicht? Was wollen wir weiter erreichen? Der Redner hat ein bei der Schrift zwei Bilder gegeben, die klare Antworten auf diese Fragen: Zwei markige Gesellen pflanzen einen geschnittenen Erntebaum, hoch über abfallenden Saat, hinter denen die Spuren der Kriegszerstörung verschwinden. Und das andere Bild: eine hammerbewehrte Miesengestalt, zu bezug führen getreterne Kronen und zerprengte Fesseln liegen, hort aus zum Schlage gegen die entsetzten Zerkleinerer des goldenen Falbes. sechs Klischee entwickeln die Gedanken dieses dreizehnten Festes, das inmitten der Ereignisse der Revolution geistert wird. Ihre Titel: Zum Sozialismus durch Demokratie. Friedensfest! Sozialpolitische Erziehungsschaffen der Revolution. Die Revolution und die Frauen! Was erwarten Kunst und Künstler von der Revolution? Das Recht auf Bildung. Alle diese Klischee sind voll kampfbereitender Lust, die jetzt revolutionär gelegten Fundamente allen Widrigkeiten der Forderung zum Krieg zu Mauern und Räumen emporzuführen. Sie sind ein hartes Signal vorbereiteter Zeit. Frühwind der Zukunft weht durch ein Mailich, das Artur Diller anstimmt:

Hebt unsre Fahnen in den Wind!
Hebt in die Sonne euren Mut!
Wir kämpfen, weil wir gläubig sind:
Der Mensch ist gut!

Notizen.

— **Archund Kaiser.** Am nächsten Sonntag (27. April) vor-mittags 10 Uhr findet in der Trinitatiskirche in Charlottenburg, Karls-Lagun-Platz, eine kirchliche Gedenkfeier des deutschen Volkes statt. Herr W. Meier spricht über Christentum, Volksveröhnung, Menschheitsfrieden. Auf der Orgel wird der Schluchchor aus Beethoven's 9. Sinfonie (Seid umschlungen Millionen) zum Vortrag gebracht.

— **Gegen die Waffe!** Im Kleinwirth-Schwarzensaal lasen am Dienstag Alfred Weierle und Rudolf Leonhard Dichtungen im Geiste des Herwegh'schen Aufsatzes: „Wann steht ihr, o Soldaten, die Arbeit endlich ein?“ Weierle hat eigentlich nur Leonhard, der seinem wirksamen Manifest gegen die Waffe nicht das Feuer der Sprache verliert, dessen es bedarf. Weierle war Geist und Flamme des Interpellanten selbst. Am stärksten in der Wiedergabe von Strindberg's „Friedensnovelle“, die er ohne Manuskript in dampfender, unmittelbarer Lebendigkeit aus sich heraus-grub.

— **Eduard Davids Referenzführer,** der die Selbstausbildung des sozialdemokratischen Politikers erlernen will, hat nunmehr die fünfte Auflage erreicht. Der Verlag der Buchhandlung Vorwärts legt den Führer neuen bearbeitet und inhaltlich vermehrt dar. (Preis 3 M.) Ein Abschnitt über die Technik des Sprechens ist eingeschaltet worden. Er wird den Lippen des Lesers gut wachsen lassen. Das Kapitel über die Geschichte der sozialdemokratischen Partei ist bis ins letzte Jahr weitergeführt worden. Wie unerlässlich das Buch Davids ist, wissen alle, die es schon benutzt haben.

Artikel 5. Heimarbeit.

Alle Gesetze und Bestimmungen auf dem Gebiete der Arbeitserziehung sind sinngemäß auf die Heimarbeit anzuwenden. Mindestlöhne der Heimarbeiter sind durch paritätische Lohnämter mit rechtsverbindlicher Kraft festzusetzen.

Artikel 6. Arbeitsaufsicht.

Die Durchführung des Arbeiterschutzes (Artikel 4) ist durch eine Arbeitsaufsicht zu überwachen, die von Personen in amtlicher Stellung ausgeübt wird unter Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Diese Beamten sind in einer zur wirksamen Beaufsichtigung aller Betriebe ausreichenden Anzahl sachverständigen Kreises, insbesondere auch denen der Arbeiter, zu entnehmen. Ihre Unabhängigkeit und die Ausführung der von ihnen erforderlich erscheidenden Anordnungen ist gesetzlich sicherzustellen.

Artikel 7. Internationale Durchführung des Arbeiterrechts.

Die vertragschließenden Teile werden die geeigneten Schritte tun, um in möglichst weitem Umfange eine internationale Regelung der Rechtsverhältnisse der Arbeiter herbeizuführen. Auch soll unter Mitwirkung der Seemannsorganisationen ein internationales Seemannsrecht geschaffen werden.

Ebert über deutsch-französische Verständigung.

Eine Unterredung mit dem „Temps“.

Nach einem Pariser Havasbericht hatte Reichspräsident Ebert am Ostersonntag eine Besprechung mit dem Korrespondenten des „Temps“.

„Die innere Lage in Deutschland“, erklärte Ebert, hänge — wie übrigens in allen Ländern — durchaus von der allgemeinen Weltlage ab. Die inneren Bedingungen Deutschlands seien solidarisch mit denen aller Länder der Welt. In der allgemeinen Erkenntnis dieser Solidarität erblicke er die beste Garantie für den Weltfrieden. Der ungeheuerliche, vor dem Krieg von einem englischen Blatt aufgestellte Satz, daß der wirtschaftliche Ruin Deutschlands eine Bereicherung Englands bedeuten würde, hätte relativ Giltigkeit für eine kapitalistische Gesellschaft, stelle aber in der neuen sozialistischen Welt einen erschreckenden Wahnsinn dar. Dem französischen Geist verdanke der Sozialismus einen großen Teil seiner schöpferischen Ideen. „Deutschland“, sagte der Reichspräsident, „vertraue ich Frankreich, daß es sich dem Gedanken der Solidarität, der gesamten menschlichen Arbeit nicht verschließen wird. Gewinnt dieser Gedanke in Frankreich die Oberhand, dann werden sich alsbald gute Beziehungen zwischen beiden Ländern einstellen. Deutschland ist bereit, diesen Gedanken zur Tat werden zu lassen und Frankreich aus ganz großer Kraft zu helfen, die durch die Schrecken des Krieges verursachten Schäden wieder gut zu machen. Es wäre jedoch ein Vorteil, wenn diese Arbeit auf Kosten Deutschlands durch freiwillige geleistet würde und nicht durch die Massen der verklärten deutschen Kriegsgefangenen.“ Der Reichspräsident protestierte dann gegen die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen in einem Augenblick, wo die Verhandlungen eingeleitet werden sollen. Die Schaffung eines rheinisch-westfälischen Bundesstaates könne er nicht als eine Garantie für den Frieden oder für die künftigen Gutmachungen zu Frankreich betrachten. Die Einsicht in die wahren Interessen ihres Landes werde hoffentlich die französischen Staatsmänner hindern, von Deutschland die Unterschrift unter einen Vertrag zu verlangen, der im Gegensatz zu den wahren Interessen Frankreichs stehe.

Daß das Frankreich der Kapitalisten Ebert's Hoffnungen erfüllen würde, wird man leider bezweifeln müssen. Aber das Frankreich der Arbeit, das danach kommt, wird sie zur Wirklichkeit werden lassen.

Jaurès im Pantheon.

Die französischen Genossen fordern Schiedsgerichte für Arbeitsfreistigkeiten.

Paris, 28. April. (Havas.) Der Sozialistenkongress verlangte in einer Entschließung, daß die Asche Jaurès im Pantheon beigesetzt werde.

Der Kongress nahm das von den früheren Mitgliedern der Mehrheit wie Thomas und der Minderheit wie Longuet vorgelegte Parteiprogramm an, in dem der Zusammenschluß einer Konstituante gefordert wird. Ferner wird in dem Programm verlangt, der Staat solle die widerrechtlichen Kriegsgewinne eingeziehen, sowie starke Kapitalsteuern und Monopole für Luxusgegenstände einführen. Die Eisenbahn, Transport- und Bergwerksunternehmungen, Lebensversicherungen usw. sollen durch den Staat, die Departements und Gemeinden unter Kontrolle der Verbraucher betrieben werden. An sofortigen Reformen fordert das Programm die Vermeidung des Streiks durch Organisation der Verhandigungsbedingungen, Entwicklung der Sozialversicherung, Herabsetzung der Arbeitsstunden, Festsetzung von Mindestlöhnen, Schutz für Mütter und Kinder, freien obligatorischen Schulpflichtunterricht, Verbesserung der Wohnungsverhältnisse usw.

Die Forderung nach Bedingungen, unter denen der Streik vermieden werden können, ist auch für Deutschland zu erheben. Wir leiden unter der Streiknot mehr als irgend ein anderes Land. Es müssen obligatorische Schiedsgerichte für Arbeitsfreistigkeiten geschaffen werden, um die Streiks in Zukunft unmöglich zu machen.

Ein neuer Umschwung in Rußland.

Anerkennung der finanziellen Verpflichtungen der früheren Regierung.

Amsterdam, 21. April. Der Korrespondent der Echänge Telegraph Co. meldet, daß sich nach Berichten aus Moskau Tschitschew in Namen der bolschewistischen Regierung bereit erklärt hat, den finanziellen Verpflichtungen der früheren Regierung im Auslande nachzukommen, falls die Alliierten die bolschewistische Regierung anerkennen.

Udapest Telegramm zufolge hat Lenin an Bela Kun telegraphiert, daß er, sobald die ungarischen Wahlen zum Abschluß gekommen seien, nach Budapest kommen würde, um dort im neuen internationalen Kommunistentkongress zu präsidieren.

Italiens Konflikt mit dem Viererrat.

Eine Kriegsdrohung Italiens?

Haag, 28. April. Die Hollandsche Kreisverwaltung aus Paris erfährt, daß Orlando der heutigen Sitzung des Rates der Vier nicht beigewohnt. Kritik wird von italienischer Seite erklärt, er sei zu einer Drohung abgerückt, aber allgemein ist man

der Ansicht, daß er sich wenigstens vorläufig den weiteren Pariser Beratungen entziehen will. Clemenceau, Wilson und Lloyd George haben ihre Beratungen über die Zimmerfrage fortgesetzt, aber bis jetzt keine Entscheidung getroffen. Man erwartet, daß die Entscheidung nicht gefaßt wird, bis Italien selbst darauf besteht. Inzwischen steht fest, daß Italien heute eine verdeckte Drohung abgegeben hat, nötigenfalls zu den Waffen zu greifen. Bisher hat Italien jeden Kompromiß abgelehnt.

London, 28. April. Reuter meldet: Orlando droht, bereits heute Paris zu verlassen. Lloyd George versucht, ihn dazu zu bewegen, daß er seine Reise hinauschiebt.

Die Internationale Sozialistenkonferenz in Amsterdam.

Verhinderte Anreise der deutschen Delegierten.

Die deutschen Delegierten zur Internationalen Sozialistenkonferenz in Amsterdam, die bekanntlich am 26. April beginnen soll, die Genossen Hermann Müller und Otto Welt haben noch nicht abreisen können, weil sie bisher von der niederländischen Regierung noch keine Einreisegenehmigung erhalten haben.

(Es ist nicht anzunehmen, daß hinter dieser Verzögerung politische Absichten zu liegen sind, die mit dem gastfreien Charakter Hollands und seiner veröhnlichen Haltung im Kriege unvereinbar wären. Gleichwohl bleibt die Verzögerung bedauerlich. Red. d. W.)

Roske über die „Noskegarde“.

Weder Gegenrevolution noch Bolschewismus.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht eine Unterredung mit Genossen Roske über die Aufgaben der von ihm geschaffenen militärischen Organisation. Roske bezeichnet die Geschichte von einer monarchistischen und militaristischen Gegenrevolution — wie sie zum Beispiel kürzlich wieder vom ehemaligen Volksbeauftragten Emil Barth in einem Gespräch mit „United Press“ verbreitet wurden — als unsinnig und lächerlich.

Daß es in Deutschland noch Monarchisten gäbe, natürlich auch unter den Offizieren, sei eine Einseitigkeit. Aber er habe in seiner amtlichen Tätigkeit Gelegenheit gehabt, das Offizierkorps, das ihm volles Vertrauen entgegenbringe, kennen zu lernen und könne sagen, daß die große Mehrheit der Offiziere sich vollkommen loyal der republikanischen Regierung zur Verfügung halte. Auch diejenigen, die ihrer inneren Gesinnung nach auf anderem Boden stehen, wählten genau, daß der Versuch einer Gegenrevolution zum Scheitern verurteilt

ist und daß er nur zu dem einen, von ihnen fiderlich nicht gewünschten Ziel, dem Bürgerkrieg und dem Sieg der Anarchie führen müßte. Es entspreche durchaus nicht mehr den inneren Gefühlen dieser Offiziere, wenn Barth immer noch den Kaiser und den Kronprinzen als ihre politische und militärische Hoffnung bezeichnet; das Gegenteil sei wahr; das wenig beispielgebende Verhalten der alten Gewalten habe auch bei den meisten Offizieren das innere Verhältnis gelöst, von dem aus sie früher ihre ganze Stellung und ihre Aufgaben betrahtete. Es sei also weder von dem neuen Offizierkorps, noch von der neuen deutschen Armee die Gefahr einer politischen Umwälzung zu befürchten.

Roske widerlegte weiter die tendenziösen Gerüchte über deutsche militärische Vorbereitungen nach außen und versicherte bei dieser Gelegenheit, Wilson wisse bis auf den letzten Mann genau, was Deutschland im Osten noch stehen habe. Roske erklärte dann, er

habe die bolschewistische Gefahr in Deutschland für militärisch überwunden.

Berlin ist mit einem genügenden Truppenaufgebot gesichert und seit der Auflösung der Soldatenwehr und der Volksmarinedivision dürften die spartakistischen Führer die Hoffnung aufgeben haben, die Reichshauptstadt in ihre Hände zu bekommen. Die Ereignisse in München stellen wohl den letzten ernstlichen Versuch dar, sich der Herrschaft zu bemächtigen. Die Reichsregierung ist entschlossen, auf Ansuchen der bayerischen Regierungsgewalt, mit aller Energie endgültig einzuschreiten. Es sind genügende Streitkräfte gegen München in Bewegung gesetzt, um die Stadt aus der Gewalt der Terroristen zu befreien. Alle diese Streitkräfte stehen unter dem Oberbefehl eines bayerischen Generals. Es ist zu hoffen, daß es auch in München, sowie in Graubündel möglichst sein wird, das Ziel ohne allzuviel Blut und ohne größere Schädigungen der Stadt zu erreichen. Auf jeden Fall muß dieses Mal ganze Arbeit geleistet werden, um zu verhindern, daß nach einer kurzen Zeit der Ruhe der Aufruhr aufs neue ausflamme.

München.

Truppenschau der Roten Armee.

München, 28. April. Aus München wird gemeldet: Gestern vormittag hielten die Gewalthaber in der Ludwigstrasse eine Truppenschau über die Rote Armee ab. Wegen Finanzschwierigkeiten sowie Unzufriedenheit der Arbeiter wird der Generalkrieg von heute an aufgehoben. Die Stimmung der Bevölkerung ist infolge des Terrors außerst gedrückt. Es mangelt an Zeitungen und Nachrichten von auswärts. Das Kubeben der von den Regierungsspitzen abgeworfenen Kandidaten wird mit Todesstrafe bedroht. Die Arbeiter werden aufgefordert, in die Wohnungen der Bürger zu gehen und sich Quartiere zu suchen.

Entwaffnung in Oberhausen i. S.

Kuesburg, 28. April. Nach einer Mitteilung des Truppenkommandos war Dienstag die Frist zur Waffenablieferung abgelaufen, ohne daß in Oberhausen genügende Waffenablieferung erfolgt wäre. Die Frist zur Abgabe wurde darauf bis 12 Uhr mittags verlängert. Bis dahin wurde ein Teil der Waffen bei der Polizeistation an der Wertachbrücke niedergelegt und die Geschütze abgegeben. Als die Regierungstruppen die niedergelegten Waffen abholten, entstand aus bisher noch nicht völlig geklärter Ursache ein Zusammenstoß zwischen Regierungstruppen und Bevölkerung. Verluste der Bevölkerung: ein Toter, 4 Verwundete. Da feststand, daß die Waffen in Oberhausen auch jetzt noch nicht völlig abgeliefert waren, ordnete der Führer der Regierungstruppen den Einmarsch in die Oberhausener Vorstadt an, um endgültig Ruhe und Ordnung herzustellen. Dem Einmarsch wurde, soweit bisher bekannt, kein Widerstand geleistet. — An die Straße des bis herigen Stadtkommandanten trat der Abgeordnete der Nationalversammlung Simon.

Zeitungsverbot. Die Redaktion der „Republik“ soll mit: Das Erscheinen der „Republik“ ist auf Anordnung des Reichswahlministers Roske ohne Angabe von Gründen vorläufig verboten worden.

Gewerkschaftsbewegung

Ein Dokument der Zeit.

Das die sozialen Bewegungen unserer Zeit bei namhaften Behörden noch nicht die gewünschte Wirkung ausgelöst haben, zeigt ein Schreiben, welches der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Brandenburg an einen Dienstbewerber richtete. Wir geben das Dokument, das von einer tieferen sozialen Einsicht in die heutigen Lebensverhältnisse nicht gerade Zeugnis ablegt, hier wieder:

Berlin W. 92, Reithstraße 16.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Brandenburg.

Kfenscheiden I. A. 78/12.

Es bietet sich in nächster Zeit Gelegenheit, Sie im Bureau-Bienst und zwar zunächst während dreier Monate unentgeltlich informatorisch zu beschäftigen. In diese informatorische Beschäftigung wird sich, falls Sie sich bewähren, eine sechsmonatige Probefristleistung unmittelbar anschließen. Während und nach Ablauf dieser Zeit bis zur etwaigen Anstellung würden Sie gegen eine monatliche Vergütung von zunächst 120,— M. — nach erfolgtem Aufsteigen aus dem Militärverhältnis treten in die üblichen Feuerungszulagen einzu — beschäftigt werden. Ein Anspruch auf lebenslängliche Anstellung ist aus dieser Beschäftigung nicht herzuleiten. Sie wollen bis zum 20. d. Mts. anzeigen, ob Sie bereit sein würden, einer etwaigen Einderung unter diesen Bedingungen zu folgen.

Sollte bis zu dem angegebenen Tage eine Nachricht nicht eingehen, dann nehmen wir an, daß Sie auf Einderung verzichteten, und werden Sie in der Bewerberliste streichen. Wir bemerken ausdrücklich, daß es sich vorerst nur um eine — an mehrere Bewerber ergangene — vorläufige Anfrage handelt, aus welcher noch keinerlei Auflage oder Aussicht auf tatsächliche Einderung zu folgern ist. Eine Untersuchung Ihrer körperlichen Dienstfähigkeit durch einen Vertrauensarzt behalten wir uns vor und machen von ihrem Ausfälle die etwaige Einderung abhängig.

Zum Glück war der Bewerber nicht gezwungen, von diesem Angebot Gebrauch zu machen, er hatte inzwischen anderweitig Beschäftigung gefunden, wobei ihm wenigstens eine bescheidene Existenz gewährleistet wurde.

Generalversammlung der Transportarbeiter.

Die in der vorigen Generalversammlung abgebrochene Diskussion über den Geschäftsbericht der Bezirksverwaltung wurde in der am Dienstag abgehaltenen Generalversammlung fortgesetzt. Gegen die Geschäftsführung der Bezirksverwaltung wurde nichts vorgbracht. Dagegen übten mehrere Redner sehr scharfe Kritik an der allgemeinen Politik der Gewerkschaftsführer, der Generalkommission und der Reichssozialisten. Es war im wesentlichen eine politische Debatte, die von Unabhängigen gegen Reichssozialisten geführt wurde. Demgegenüber wies ein Redner darauf hin, daß man doch nicht immer die Schuld an allem, womit man unzufrieden sei, den Führern in die Schuld schieben solle. Wenn sich die Arbeiterkraft so erschleicht, wie es jetzt geschieht, dann werde die Reaktion vorrücken und die Arbeiter erst wieder oben auf kommen. — Die Warnung dieses Redners stieß auf launenden Widerspruch. Die Debatte ging in derselben Weise weiter. Der Vorstandsvorsitzende Schumann wurde von einem Redner sehr scharf angegriffen, weil man in ihn einen der Hauptträger der Politik der Generalkommission und der Reichssozialisten erblickt. — Als Schumann das Wort erhielt, um sich gegen diese Angriffe, die einen starken persönlichen Beigeschmack hatten, zu verteidigen, und als er Beschimpfungen, die ihm entgegengerufen wurden, zurückwies, erhob sich ein wiser Lärm, so daß es Schumann nur mit Mühe gelang, sich Gehör zu verschaffen. Schließlich wurde noch verlangt, daß er über seine Stellung zum nächsten Ausgange rede. Schumann erbot sich, über dies Thema in einer besonderen Versammlung zu sprechen. Dieser Vorstoß wurde angenommen, es soll aber auch ein Korreferat gestellt werden.

Weiter wurde folgende Resolution fast einstimmig angenommen: „Die Versammlung stellt auf dem Standpunkte des reinen Rationalismus. Sie verurteilt auf das Schärfste die verbrecherische Kriegspolitik unserer Gewerkschaftsführer und der Generalkommission. Sie fordert die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes, verlangt volle Pressefreiheit und Freigabe der „Roten Kapne“. Die Versammelten werden dafür sorgen, daß kein Kollege mit einem Mitgliede der Freiwilligenkorps zusammen arbeitet, auch sollen sie nicht in den Verband aufgenommen werden.“

Damit war die Diskussion über den Geschäftsbericht beendet. Darnach wurden folgende Anträge angenommen: In den Brandenburgischen Versammlungen soll die Kriegspolitik der Verbandspolitik sowie die Schreibweise des „Courier“ diskutiert werden. Alle Verwaltungsmitglieder und Angestellten sind in der örtlichen Generalversammlung durch geheime Wahl zu wählen.

Die Verbandsvertreter in der Gewerkschaftskommission sollen einen Bericht über ihre Tätigkeit in der Kriegszeit geben. Der scharfe Beschuß, Beschlüsse und Bekanntmachungen nicht mehr zu veröffentlichen, wird aufgehoben. Bekanntmachungen und Berichte sind in Zukunft in der „Freiheit“ und in einem der Kommunistischen Partei gehörenden Blatte zu veröffentlichen.

Vor der Abstimmung über diesen Antrag wurde von mehrheitssozialistischer Seite verlangt, daß die Veröffentlichungen auch im „Vorwärts“ erfolgen. Der Begründer dieses Antrages wurde niedergeschrien und der vorstehende Antrag, der den „Vorwärts“ als Publikationsorgan ausschließt, angenommen.

Ein gleichfalls angenommener Antrag besagt, daß die engere Bezirksverwaltung aus 21 Mitgliedern bestehen und nur über Angelegenheiten in ihr stimmungsrechtlich sein sollen. Beratende Stimme

sollen die Sektionsleiter und drei Mitglieder der Arbeiterräte des Transportarbeiterverbandes haben.

Die Neuwahl der Bezirksleitung mußte der vorgerückten Zeit wegen vertagt werden.

Gewerkschaftsmitglieder!

Die Direktion des „Palast-Theaters“ hat uns für das Pensionsspiel „Christus“, das noch bis zum 30. April zur Aufführung gelangt, eine Anzahl Einladungen zu dem Vorzugspreise von 3 M. zur Verfügung gestellt.

Die Karten können von heute ab von mittags 9 — 12 Uhr, nachmittags 4 1/2 — 8 Uhr in unserem Bureau, Berlin SO. 16, Engelfufer 151, Zimmer 15, in Empfang genommen werden. Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission. J. A. G. Link.

Interessengemeinschaft der Kriegsteilnehmer aus der mittleren Postbeamtenlaufbahn.

Eine Versammlung der Kriegsteilnehmer aus der mittleren Postbeamtenlaufbahn des Berliner, Potsdamer und Frankfurter Bezirkes forderte Erleichterungen für die Sekretärprüfung. Hervorgehoben wurde, daß den Kriegsteilnehmern bei anderen Behörden sowie auch den Schülern, Studenten und Lehrern ganz bestimmte Examen erleichtert worden sind, während die Postverwaltung bisher verfährt, daß nur über kleine Mängel in den Kenntnissen bei der Prüfung hinweggesehen werden kann. Durch diese Festsetzung hat sich der Kriegsteilnehmer im ganzen Reich eine allgemeine Unruhe bemächtigt, die dazu geführt hat, eine Interessengemeinschaft zu bilden, die sich über das ganze Reichsgebiet erstreckt. Diese Interessengemeinschaft, mit ihrem Hauptbüro in Berlin, wurde beauftragt, die berechtigten Forderungen der Kriegsteilnehmer im Verein mit den Fachverbänden der Postverwaltung gegenüber zu vertreten.

Tagung der Bühnengenossenschaft.

Aus den Schlussberhandlungen der Tagung der Genossenschaft deutscher Bühnengenossen sei noch folgendes nachgetragen. Oskar Wagner-Biesfeld sprach über

das Elend der Engagementlosen

und wies an Hand einer Statistik nach, daß die einzelnen Theater in Berlin eine weitaus größere Zahl von Mitgliedern beschäftigen könnten. Er berichtete, daß der Reinhard-Lust, umfassend die drei Bühnen Kleines Schauspielhaus, Deutsches Theater und Kammertheater, mit einem Ensemble von 118 Mitgliedern auskomme. Die Reinhard-Bernauerischen Bühnen brauchen sogar nur 79 Mitglieder. Bei der Aufzählung dieser Einzelheiten kam es wieder zu einem Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden, der dem Redner das Wort entziehen wollte, da es unmöglich sei, die Versammlung mit der Aufzählung von Statistiken aufzuhalten.

Der Kernpunkt der Ausführungen Wagners war der, daß die Genossenschaft darauf dringen solle, die Theater zu kommunalisieren, um Beschäftigung einer möglichst großen Anzahl von Schauspielern zu gewährleisten. Er wies darauf hin, daß allerdings schon in dankenswerter Weise von der Genossenschaft viel getan worden sei, indem sie durch kleine Gastspiele den nichtbeschäftigten Schauspielern wenigstens ein kleine Verdienstmöglichkeit gewährte. Auf den Einwurf des Präsidenten, daß Redner sich für die Engagementlosigkeit beim lieben Gott behelfen müsse, erwiderte Herr Wagner, daß dann eben die unbeschäftigten Schauspieler auch mit dem lieben Gott zusammen eine Genossenschaft gründen müßten.

Kapellmeister Landé-Stettin bat die Provinzdelegierten, nun endlich das Mißtrauen gegen Berlin lassen zu lassen und im Interesse eines einmütigen Zusammenlebens mit den Berliner Kollegen sich fest zusammenzuschließen. — Feinert-Bremen bat die Genossenschaft, darauf hinzuwirken, daß die engagementlosen Schauspieler nach der Provinz verwiesen würden, wo sie eine ausreichende Verdienstmöglichkeit finden könnten. Er erwähnte, daß zum Beispiel in Bremen ein großer Mangel an Soloperational herrsche und daß dort Riesengehälter gezahlt würden. Seine Ausführungen erzielten lebhaften Beifall.

Die Wahlen des Präsidenten und die Neuwahl für den Zentralausschuß gingen unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich. Es traten keine Veränderungen in der Besetzung des Präsidiums ein. Gegen die Wahlen wurde protestiert. Behlau-Berlin stellt den Antrag, sie zu kaszieren. Riels beantragte dagegen, über den Antrag Behlau zur Tagesordnung überzugehen. Es entspann sich hierüber eine sehr ausgehende und erregte Geschäftsordnungsdebatte. Es wurde schließlich zur Abstimmung über den Antrag Riels geschritten, die fast Einstimmigkeit ergab, so daß die Stimmen noch einmal ausgezählt werden mußten. Gegen die Auszählung wurde wiederholt Protest erhoben, so daß die Abstimmung insgesamt viermal vorgenommen werden mußte. Schließlich wurde der Antrag Riels mit geringer Mehrheit abgelehnt. Die Begründung des Antrages Behlau auf Kaszierung der vorgenommenen Wahlen soll sich auf vier formale Punkte stützen. Es wurde jedoch der Wunsch ausgesprochen, die gesamte Öffentlichkeit, einschließlich der Presse, von der Verhandlung auszuschließen. Diesem Ersuchen wurde Folge geleistet.

Die Arbeit an der Anschlussbahn Spandau ist im vollen Umfang wieder aufgenommen.

Vom Vorsitzenden des Fleischerverbandes, Paul Sensel, erhalten wir folgende Verdichtung:

Im Bericht in Nr. 204 des „Vorwärts“ vom 22. d. M., Abendausgabe, über die Generalversammlung der organisierten Fleischer wird in einer Resolution behauptet, ich hätte auf der Vorstände-

konferenz gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes gestimmt. Diese Behauptung ist unzutreffend.

Wahr ist, daß eine Abstimmung über die fragliche Resolution Regge garnicht stattgefunden hat. Ich konnte demzufolge weder für noch gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes stimmen.

Der mir gemachte Vorwurf ist um so leuzzeichnender, als der wahre Sachverhalt nicht nur dem Verfasser der Resolution, sondern auch der Zeitung der Verammlung nicht unbekannt ist.

Versammlungen am heutigen Donnerstag:

Freitagabend, Abends 8 Uhr im Gewerkschaftsbau, Saal 3: Wahl der Verbandsdelegierten. Ohne Mitgliedsbuch keinen Stimmzettel.

Pulverfabrik Spandau, Mittags 12 Uhr: Sitzung sämtlicher Vertrauensleute und Delegierten bei Waldner, Sternstraße bei Hotelport.

Der Arbeiterrot. Bildhauer, Abends 7 Uhr im Gewerkschaftsbau, Saal 5: Generalversammlung der Bildhauer. Alle Kollegen und Anhänger der S. P. D.-Richtung wollen zur Stelle sein, da die für Würzburg bestimmten Delegierten zur Wahl stehen. Sichert die Wahl!

Schilbermalers. Morgen Freitag, abends 7 Uhr: Wesentliche Versammlung im Gewerkschaftsbau, Saal 3. Unsere wirtschaftliche Lage.

Artilleriewerkstatt Nord. Freitag, 25. April, vormittags 10 Uhr: Wichtige Betriebsversammlung.

Streichholzfabrik. Morgen Freitag, 10 Uhr, Konferenz: Beschlüsse: Versammlung. Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. Die Streikleitung.

Soziales.

Entwurf eines Erwerbslosenfürsorgegesetzes.

Der Reichs-Erwerbslosen-Ausschuß verendet den Entwurf eines „Erwerbslosenfürsorgegesetzes“, den er dem Reichsarbeitrat überreicht hat. Dieser Gesetzentwurf geht von der Auffassung aus, daß zur Regelung der Erwerbslosenfürsorge die Erwerbslosen organisiert werden müssen. Er sieht neben den Reichs-, Landes-, Provinzial- und Gemeindebehörden die Mitwirkung von Erwerbslosen-Ausschüssen vor. Die Mitglieder dieser Ausschüsse würden nach diesen Vorschlägen wohl dauernd aus der Berufsarbeit ausscheiden, denn, so heißt es, „den Mitgliedern der einzelnen Erwerbslosen-Ausschüsse darf nur auf eigenen Wunsch Arbeit zugewiesen werden.“ Die Mitglieder der Erwerbslosen-Ausschüsse sollen neben ihrer Unterstüttung eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende Aufwandsentschädigung erhalten, sowie Ertrag aller Aufwände. Als Regel werden Tagesunterstützung für Erwerbslose über 18 Jahre von 10 M., für die Ehefrau 4 M. und für jedes Kind unter 14 Jahren von 2 M. gefordert. Das würde etwa für Erwerbslose mit 3 Kindern ein Einkommen von 6000 bis 7000 M. im Jahre bedeuten. Dieses Einkommen soll aber noch dem Entwurf hoher Steuerpflichtig nach pfändbar sein. Weiter wird gefordert, daß die Freigabe dieser Erwerbslosen rückhaltlos gewährleistet bleiben soll. Gerät ein Erwerbsloser in Haft, so soll er die volle Unterstützung weiter erhalten, bis ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist. Kriegsunterstützung und Kriegsbeschädigtenrente darf in die Erwerbslosenunterstützung nicht eingerechnet werden.

Daß der Gesetzentwurf, aus dem wir nur einige Punkte erwählen haben, in der vorliegenden Form zur Annahme gelangt, ist in Anbetracht der Bedeutung, die das Problem der Erwerbslosenfürsorge für unser Volkswirtschaftsleben erlangt hat, wohl nicht zu erwarten.

Seit am 24. April soll bereits eine ganze Reihe Protestversammlungen der Erwerbslosen stattfinden, weil die Regierung ihre Forderungen nicht bewirkt hat. Der Groß-Berliner Erwerbslosenrat schlägt für diese Versammlungen eine Resolution vor, die scharfe Angriffe gegen die Regierung Ebert-Scheidemann und die Freiwilligenverbände enthält. Die Versammlung fordert von der Regierung:

1. Sofortige Anerkennung der von den Erwerbslosen gewählten Ausschüsse und Arbeiterräte als ihre berufenen Vertreter durch Reich, Gliedstaaten und Gemeinden.
2. Sofortige Erhöhung der Unterstützung auf den vor dem 1. März geltenden Satz mit rückwirkender Kraft, sowie Anwendung der Bestimmungen vom 1. April nur für die Orte, in denen damit eine Erhöhung der Unterstützung verbunden ist, ferner Nachzahlung der Differenz zwischen alten und neuen Unterstützungssätzen.
3. Sofortige Schaffung eines Reichsgesetzes über die Erwerbslosenfürsorge nach dem vom Reichs-Erwerbslosen-Ausschuß aufgestellten Entwurf, unter Ausschaltung der von der Regierung geplanten Regelung der Erwerbslosenfürsorge auf dem Wege eines Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes.
4. Zahlung der Erwerbslosen-Unterstützung mit rückwirkender Kraft auch für die Sonntage.
5. Gleiche Höhe der Unterstützung für männliche und weibliche Erwerbslose.

Falls die Regierung diese Forderungen bis zum 8. Mai nicht bewilligt, werden die Erwerbslosen an die arbeitenden Brüder im ganzen Reich appellieren, sich mit den Forderungen der Erwerbslosen solidarisch zu erklären und für deren Erfüllung mit allen wirtschaftlichen Nachmitteln einzutreten.

Vertrauensleute für das mittlere Norddeutsche bis Freitag mittags: Riels hat und veranlaßt, normierend wohlklingend aber wiederholten größtenteils geringen, nur im Küstengebiet etwas härteren Regelungen und möglichen weichen Binden.

Verantwortlich für Politik: Unerkennbar, für den übrigen Teil des Reiches: Walter Gaus, Kaufmann, für den übrigen Teil der Provinz: Vorwärts-Verlag, Berlin. Redakteur: Vorwärts-Verlag, Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag, Berlin. Verlagsort: Berlin, Lindenstraße 3, Stern 2 Verlag.

Die Wunder der Natur

Ein populäres Prachtwerk über die Wunder des Himmels, der Erde, der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Lebens in den Tiefen des Meeres.

Verfasser: 32 der bedeutendsten Naturforscher des In- und Auslandes, darunter Wiltz, Götze, Dr. H. Hammer, Camille Flammarion, Raoul F. Francé, Prof. Dr. Ernst Haeckel, Dr. Adolf Reichenow, Dr. F. Mareschal, Prof. O. Reuter, Prof. Dr. F. Schwann usw.

3 Prachtbände in Großquart-Format zu je M. 24,20 = M. 72,60 (einschließlich Transportzuschlag) mit 1500 Illustrationen, darunter 130 bunte Beilagen.

Ein Prachtwerk ersten Ranges in vornehmster Ausstattung mit einem geradezu verschwenderischen Bilderreichtum. ... Worauf dieser Schmuß würde nach keinem wissenschaftlichen Wertmaßstab und keinem künstlerischen Bewußtsein den Kauf des verhältnismäßig recht billigen Wertes rechtfertigen. (Dr. H. Schwaner)

Wir liefern das ganze Werk sofort auf einmal gegen Monatszahlungen von

nur 6 M.

Durch den aufreißenden Kampf und die Unruhe unserer Zeit geht eine große Sehnsucht, die sich in stillen Feiertagen aus dem lauten Getriebe herauszureißen sucht, zurück zur ewig gleichen Harmonie der Natur. In und mit der Natur zu leben, das ist heute die Sehnsucht von Millionen und mit der ausdauernden Erkenntnis, daß nur die Mutter Natur uns wieder aus dem wilden Strudel der Zeit in eine stille Beschaulichkeit hinüberleiten kann, wächst auch wieder das Interesse für ihre ewigen Wunder und Rätsel, deren Verachtung wie nichts anderes geeignet ist, uns vom Alltag loszulösen. Mit diesen Wundern der Natur beschäftigt sich das vorliegende Werk; aus allen Reichen der Natur sind sie zusammengetragen, in leiblicher, leicht verständlicher Form geschildert und in Bildern von unübertroffener Schönheit veranschaulicht.

Aus dem Inhalt sei nur aufgeführt:

- Ergebnisse der Erdoberfläche.** Eisberge — Wasser und Wind als Baumwälder — Die Götter — Die Glieder im Hochgebirge — Unerklärliche Fingerringe — Die Feuerberge der Erde usw.
- Ergebnisse der Atmosphäre.** Hoto Morgana — Die Wunder der Gläubigen — Ueber Polarlichter — Ueber Wirbelstürme und Wetterstürme — Der Regenbogen — Schneehimmel — Das Schmelzen usw.
- Physikalische und chemische Erscheinungen.** Elektrische Entladungen — Das St. Elmo-Licht — Blitzartige Pflanzen — Die Edel- und Halbedelsteine — Unschätzbare Strahlen — Wind und Regen der Luft — Ringkugeln — Kosmische Antennen usw.
- Nach dem Leben eines Dummhais (Walrus).** — Einlebensfreier — Das Kammut — Weltwichtige Vogelbegebenheiten — Ein Vogel mit Händen — Der Uebn unserer Vögel — Der fliegende Drache — Fliegende Fische — Tiere, die fliegen können — Leben und Sterben der Frösche — Die Entstehung eines Planeten — Aus dem Leben der Ameisen — Die Tierwelt im Insektenreich — Meerestiere — Gezeiten — Einlebens und ihre Tüfgenossen — Ueber Schwämme — Korallenbauten usw.
- Nach dem Reiche der Sterne.** Die Welt des Mondes — Flammen auf der Sonne — Planeten aus dem Weltraum — Die Mitternachtsonne — Die Welt und das Werden der Welten — Das Jodsalzlicht usw.

Bestellzettel

aus dem „Vorwärts“ (30 offenen Beilagen für 5 M.)

Untersignierter bestellt hiermit bei der Buchhandlung

H. Wollbrück & Co., Berlin N

Die Wunder der Natur.

3 Prachtbände in Großquartformat zu je M. 24,20 = 72,60 einschließlich Transportzuschlag, mit 1500 Illustrationen, darunter 130 bunte Beilagen.

Bestellort ist nachzunehmen — wird nach Empfang eingezahlt — wird mit M. 6.— monatlich bezahlt. Erfüllungsort Berlin-Mitte.

Name, Stand

und Wohnung

Groß-Berlin

Keine Wehlschiebungen.

Dieses wird geschrieben: Es ist völlig ausgeschlossen, daß an den Wehlschiebungen etwas Wahres ist. Die Nahrungsmittelverteilungen gelangen sofort in die Hände der Behörden und bleiben auch bis zu ihrer planmäßigen Verteilung in diesen Händen.

Wo der Segen blieb!

Wo bleibt der Segen? fragten wir kürzlich (in Nr. 188) unter Hinweis auf die Nachricht, daß aus Betrieben der Heeresverwaltung für 75 Millionen Mark Kleidungsstoffe zur Verwendung für Zivilkleidung freigegeben worden sind.

Die Ernährung der Schwangeren

Es ist noch immer so jammervoll, daß man um die werdenden Mütter wie um ihren Nachwuchs die erste Sorge haben muß. In der Kriegszeit verstärkten die Verhältnisse sehr eifrig, es sei trotz aller Ernährungsmittelknappigkeiten festgestellt worden, daß Neugeborene nicht schwächerlich zur Welt kämen und auch die Säuglinge keine besonderen Schwächen zeigten.

Ein Doppelgänger.

Erzählung von Theodor Storm.

Der düstere John sah die wilde Flucht gerade auf das Brunnenloch zufahren und sprang rasch vor die verfallene Umzäunung. „Sie will mich tödlich schlagen!“ schrie die junge Dirne und stürzte mit solcher Gewalt in seine Arme, daß ihm selbst die Füße auf dem Boden wankten.

Krankenernährung, ungeachtet aller Atteste nur dürftige Zuzugnahme bewilligt erhalten, während man in Hotels und Restaurants alles, freilich nur für schwere Geld, in Hülsen und Fülle haben könne.

An die sozialistischen Techniker!

Wer den Sozialismus fordert, muß ihn bauen. Jeder komme und helfe dazu. Die gesamte Volkswirtschaft ist umzustellen. Mit den Werkbetrieben ist der Anfang zu machen. Die Sozialisierung muß herausgearbeitet sein, alsbald in allen Betrieben.

Neue Wege im Mieterrecht.

Der Mieterbund Groß-Berlin hält die Miet-einigungsämter als dauernde Einrichtung für nötig. In Richtlinien für ihre Tätigkeit stellt er den Grundfah auf, daß bei der Entwertung aller Kapitalanlagen die Hauseigentümer keine Ausnahme und Bevorzugung für sich beanspruchen dürfen.

Zeugungszulage für Lazarettfräule.

In der Zeitschrift des Kriegsministeriums, die wir in der Nr. 205 des „Vorwärts“ unter der Überschrift „Die Abkündigung der Kriegsschädigten“ veröffentlicht haben, wird uns mitgeteilt, daß die verchiedene Bemessung der Zeugungszulage für Unteroffiziere und Mannschaften als ungerecht empfunden wird.

troffenen widerlegen. Dies ist anuraten, wodurch auch das Rentenfestsetzungsverfahren eine wesentliche Vereinfachung erfahren würde.

Eine rhetorische Frage richtet eine Zuschrift an uns. Sie stellt fest, daß im Turnverein „Fichte“ erst beschlossen wurde, nur U. S. V. und R. V.-Mitglieder in den Vorstand zu wählen und daß hinterher in der Oster-Freizeit unseren Genossen nachgehört wird.

Die heftigste Ermordung zweier Gaskiter, die bei den März-unruhen verhaftet worden waren, hat eine vom Gouverneur Schöpslin auf Veranlassung der „Freiheit“ angeordnete Untersuchung ergeben.

Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Herrenhaus, Leipziger Str. 3, großer Sitzungssaal.

- 1. Die Eingemeindungsfrage von Groß-Berlin. Refe. ent: Genosse Scholz, Neudöhlen. 2. Sitzung der am 16. März beschlossenen Ausschüsse. 3. Verschiedenes.

Ob- und Vertrauensleute der Hilfskräfte des Magistrats Berlin!

Heute mittags 1 Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstraße 27, Versammlung, um den Bericht über den derzeitigen Stand der Verhandlungen mit dem Magistrat Berlin entgegenzunehmen.

Die Zahl der unterstützten Gewerkslosen in Groß-Berlin betrug Ende der letzten Woche zusammen 224 404 gegen 226 516 am Wochenende zuvor.

Warum in der Großstadt die Milch so knapp ist. In unserer am 10. April in Nr. 184 veröffentlichten Mitteilung, daß auf dem Gut Schönerrinde bei Berlin der Rechnungsführer für seine fünfköpfige Familie damals sechs Liter Vollmilch bezog, schreibt uns der Rechnungsführer Bournot, daß er bis 15. April nur drei Liter erhielt und seitdem nur noch zwei Liter erhält.

melnd vor Entzücken. Wer ihn jetzt gesehen und einen Freund bedurft hätte, der würde ohn' Bedenken in seine Arme gestürzt sein; der gefährliche Mensch war wie ein Kind gemorden; er öffnete die Arme und schloß sie langsam wieder über seiner Brust, als müße er das Glück umfassen, das ihm die junge Dirne zugebracht hatte.

feiert, das schon am Nachmittag begonnen hatte; was in der Fabrik in Arbeit stand, der Fuhrmann, der Seizer, der Brenner und wie sie alle genannt wurden, alle waren da, es war wimmelnd voll; Gewinde von Ästern und Buchsbaum und von sonstigen Herbstblumen und Blättern hingen überall an den Balken.

(Fortf. folgt.)

VIDEANT CONSULES!

Ein Mahnruf in letzter Stunde.

Von Karl Freiherr Schenck zu Schweinsberg.

Am 10. Januar 1919 sollte das deutsche Volk, das bis dahin durch Landrat, Schulmann und Indolenz fröhlich vor jedem selbständigen politischen Fühlen und Denken bewahrt worden war, zum ersten Male frei an die Wahlurne treten, um zur Nationalversammlung zu wählen.

Unzählig waren die Anfragen, mündliche und schriftliche, aus allen, besonders aber aus gebildeten Kreisen, wie man wählen solle. Mühsame Überlegung hätte sich damals sagen müssen:

So sehr die Unterstützung von bürgerlichen Parteien als gebührendes Gegengewicht gegen die sozialdemokratische Partei sonst zu begrüßen wäre, denn die Geschichte der Parlamente sowie des Leben selbst zeigen, daß wirklich Gespriechliches nur da geleistet wird und werden kann, wo eine anständige und gesunde Konkurrenz vorhanden ist, so scheint doch der jetzige Augenblick wenig geeignet zu politischen Spaltungen und Experimenten irgendwelcher Form in deutschen Völkern, das ja in seiner überwiegenden Mehrheit im parlamentarischen System wie überhaupt in jeder politischen Verfassung heute wie ein Kind dascht, das zum ersten Male vom Kängelhände losgelassen auf eigenen Füßen stehen soll. Dazu die großen Schwierigkeiten durch das Zurückfallen der Truppen, die Kräfte des bisherigen Feindes auf deutschem Boden, die bevorstehenden Friedensverhandlungen, die Ernährungsfragen und die Arbeiterfragen im Innern, und besonders die Reaktion — nicht die jetzt, die durch Lüge und trotz aller Warnungen einiger weniger, Kor denkenden Patrioten das deutsche Volk immer tiefer in das Elend gedrückt haben, nur um ihren Ehrgeiz oder ihre Gewinnlust zu befriedigen — nein, jene Reaktion, welche das Chaos und die völlige Zerstörung bringen möchte.

War das der Augenblick, um starke oppositionelle Parteien zu bilden, die, wenn sie auch noch so loyal im Zusammenarbeiten mit den Sozialisten versprochen, doch ihre eigenen Ziele, politische und wirtschaftliche, verfolgen?

Nein! Nur eines konnte und mußte das Ziel eines jeden, der ein Vaterland wahrhaft liebt, sein: ein geschlossener Zusammenhalt, eine geschlossene Unterstützung der damaligen Volksregierung, gleichgültig welcher sozialdemokratischen Richtung die Volksbeauftragten angehörten. Geschlossen mußte in der Nationalversammlung die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes hinter dieser Volksregierung stehen. Nur eine rein sozialdemokratische Mehrheit in der Nationalversammlung, nur eine rein sozialistische Regierung hätte nach außen hin das Bild der Geschlossenheit, nach innen hin die Beruhigung der aufgewühlten Volksseele herbeiführen und Deutschland vor dem langsamen Einsinken in das Chaos der unruhigen Zustände bewahren.

Hätte dann die Nationalversammlung der Republik Deutschland das seit dem 9. November Bestehende bestätigt, die Fundamente der Verfassung gegeben, was der Friede da und hätte die wünschenswerten Reaktionen gegeben, daß auf deutschem Boden kein Platz für sie ist, dann möchten die Parteien sich gruppieren und bewegen, wie sie glaubten, für die Zukunft des Vaterlandes am besten zu sorgen. Damals aber war dafür keine Zeit und kein Raum. Die Worte mußten allein lauten:

Geschlossen muß das deutsche Volk für die sozialistischen Bewerber stimmen, anders rücken die Parteien selbst das Chaos an, was sie doch vermeiden möchten. Geschlossen muß die Republik Deutschland im größten Unglück in voller Größe und Würde hinter ihrer Volksregierung stehen!

Das deutsche Volk wollte aber konnte die Tragweite seiner Wahl nicht begreifen! Das vom Kängelhände zum ersten Male selbständige Volk sah nicht nach dem Ziele, das es erreichen sollte, sondern griff nach dem ersten besten Halt. Kammerie sich an ihn und glaubte dann, an diesen geklammert, seinen eigenen Weg zu finden: Trennung von Kirche und Staat und Einheitschule, beides jenseits unüberwinden und wert durcheinander geworfen, waren die Schlagwörter, welchen man die denen begegnete, die uns für irgendeine andere Partei gewinnen wollten. Dergleichen kleine Wunsche waren zu dem Riesengebäude eines festen inneren Zusammenhalts waren der Grund für den Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung und dadurch für eine aus Reichheitssozialisten, Demokraten und der christlichen Volkspartei (schlechtlich zusammengesetzten Regierung.

Die Folge dieses Ausfalls konnte nicht ausbleiben: Unsicherheit und Wägungen in der arbeitenden Masse des Volkes, dem Proletariat, in dem man die Langsamkeit in der Bewältigung sozialdemokratischer Ideen und Vorsetzungen nicht, wie es teilweise tatsächlich der Schwere der Arbeit oder der sofortigen Unausführbarkeit der einzelnen Punkte zuschreibt, sondern darauf zurückführt, daß die bürgerlichen Parteien der Durchführung des sozialistischen Programms hemmend im Wege stehen. Daher die Unzufriedenheit mit der Nationalversammlung und der jetzigen Regierung, daher der Ausfall von den Reichheitssozialisten! Man könnte einwenden, daß bei einer rein sozialistischen Regierung Deutschland in allen Beziehungen zu sehr in das sozialistische Fahrwasser geraten wäre. Dieser Einwand ist hinfällig, denn einerseits ist die Sozialdemokratie selbst so vernünftig, Dinge nicht zum Zweck zu erheben, die das nicht notwendig und sie selbst nach kurzer Zeit bloßstellen würden, andererseits bedenken sich viele Punkte, wenn nicht die meisten, mit dem Programm der Deutschen Demokratischen Partei, und schließlich werden die sozialistischen Forderungen, welche durchführbar sind, mit größter Sicherheit kommen, wenn nicht freiwillig, dann gezwungen.

Der Fehler ist gemacht! Die Nationalversammlung gibt der Sozialdemokratie keine ausschlaggebende Mehrheit, die Regierung setzt sich aus den Sozialdemokraten und Mitgliedern der bürgerlichen Parteien zusammen. Das ist der Keim, aus dem die heutigen Verhältnisse, begünstigt durch die Notlage der arbeitenden Massen, nur zu leicht emporgeschossen sind. Die Unzufriedenheit des Proletariats gewinnt immer mehr an Boden und der in Mitleid mit dem selbst großzügigste Kommunist hat die Grenze Deutschlands überschritten und nimmt die Unzufriedenen freudig in seine umherirrenden Arme auf. Durch russisches Geld, durch Arbeitslosigkeit, Hunger und Unzufriedenheit mit der jetzigen Regierung gewinnt der Kommunismus immer mehr Anhänger. Soll das

deutsche Volk nicht von der russischen, kommunistischen Welle verschlungen werden, will man ernsthaft einen Damm gegen den terroristischen Bolschewismus errichten, so darf die Regierung keinen Augenblick mehr zögern, ihm etwas Positives entgegenzusetzen.

Zwei Wege stehen zur Bekämpfung des Bolschewismus in Deutschland offen, nämlich:

Von außen her durch Gewalt oder friedliche Mittel oder von innen her ebenfalls durch Gewalt oder friedliche Mittel.

Betrachtet man zunächst die Bekämpfung durch auswärtige Gewalt, d. h. durch den Einmarsch von Truppen unserer bisherigen Gegner in Deutschland, so ist zunächst sehr zu bezweifeln, ob Frankreich, England, Italien und Amerika, welche zum großen Teil durch die Ungeheuerlichkeit der deutschen Waffenstillstandsunterhändler die Gefahr des Kommunismus als ein Hilfsmittel für die Friedensunterhandlungen ansehen und diese Gefahr daher unterschätzen, sich überhaupt dazu hergeben werden. Sollten sich diese Staaten aber wirklich zu einem solchen Schritte, einem gemeinsamen, gewaltsamen Vorgehen, bereit erklären, so dürften sie wohl Kugeln hier für ihre Kolonialtruppen in Rechnung stellen, welche selbst gute Truppen aber der Verunsicherung Gefahr nicht ausweichen wollen und für eventuellen Bedarf im eigenen Lande zurückhalten. Ein Eingehen Deutschlands auf solchen Vorschlag, Einmarsch von Kolonialtruppen würde einen ebenso großen Landesverrat bedeuten wie die Erklärung, daß man bei einem unannehmbaren Frieden für den russischen Kommunismus und das russische Rätesystem sei, um dadurch die gleiche Verboerung in dem feindlichen Lande herbeizuführen. Ein noch so schiefer Friede kann der deutschen Kultur und dem deutschen Wirtschaftsleben nie den Todesstoß verhehen, wohl aber der russische Kommunismus!

Der Bündelband, Frankreich, England, Italien und Amerika werden aber voraussichtlich jedes gewaltsame Eingreifen schon mit Rücksicht auf ihre sozialistischen Strömungen ablehnen. Es bliebe also nur die Bekämpfung von außen auf friedlichem Wege, d. h. durch Einführung von Lebensmitteln und Rohstoffen. In ersterer Richtung hat die Unterstützung ja bereits begonnen; es ist auch nicht zu zweifeln und nur ein Ding geschiedter Verhandlung, daß Rohstoffe geliefert werden. Man braucht nur nachzuweisen und sich zu verpflichten, daß die Rohstoffe für die eigenen Bedürfnisse des Landes und nicht erst zur Ueberdeckung des Auslands mit deutschem Material nach Rußland geschickt werden sollen. Hier wird man wieder mit dem Einwand der Hebung der deutschen Baluta kommen. Selbst wenn die die Rohstoffe liefernden Länder keinerlei Bedarf an einer Wäre aus Deutschland hätten, was sehr zu bezweifeln ist, wäre die Frage der Baluta gegenüber der Aussicht, in das Chaos zu stürzen, doch gleich Null zu bewerten.

Geht der Bündelband würde diese friedliche Hilfe gewähren, so würde diese nur genügen, um den schon so weit in Deutschland vorgeschrittenen Kommunismus für kurze Zeit zu hemmen, aber nie um ihn vernichtend entgegen zu treten. Ihr zur Seite muß die Bekämpfung von innen heraus stehen. Auch hier ist die Frage aufzuwerfen: Mit Gewalt oder in friedlicher Weise?

Mit Gewalt? Hier ist zunächst die Frage, ob diese Gewalt von der bürgerlichen Regierung oder von einer Diktatur ausgeht werden soll. Ferner ist zu prüfen, welche Mittel stehen zur Ausübung dieser Gewalt zur Verfügung, ob dieselben ausreichen und auch sicher zum Ziele führen werden, nämlich nicht irgend einen Ort, sondern ganz Deutschland dem Kommunismus zu überlassen.

Die Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung und Abhängigkeit von der Nationalversammlung wird sich zu einem solch radikalen Mittel nie, oder, wenn sie es tut, erst in letzter Stunde, also wenn es zu spät ist, entscheiden. Es bliebe also nur die Bekämpfung von innen heraus, und jetziger Regierung durch eine auf Gewalt gegründete Diktatur. Wo ist aber der Mann, welcher dies Spiel mit einiger Aussicht auf Erfolg wagen könnte? Der jetzige Reichswehrminister Roske allein könnte dies Spiel in Frage, weil die vorhandenen Truppen bisher Vertrauen zu ihm gezeigt haben und er eine Reaktion von rechts wohl nie unterstützen würde. Es ist aber sehr zu bezweifeln, ob dieser Mann sich zu einer Diktatur hergeben würde, dafür ist seine innere Ueberzeugung doch wohl zu sehr mit dem sozialistischen Ideen verknüpft: die Gewalt, die er bisher in Einzelfällen angewandt hat, konnte er begründen, die, welche man ihm als Diktatur zumietet, nicht.

Aber auch wenn Roske sich über alles hinwegsetzen wollte, so bleibt immer die Kernfrage, ob die vorhandenen Gewaltmittel auch einen absolut sicheren Erfolg verbürgen, denn nur dann hätte, wenn überhaupt, das sicher mit dem gewalttätigen Vorgehen verbundene unberechenbare Blutvergießen ein Recht. Diese Frage ist zu beantworten. Wirklich blind ergabene Kerntruppen besitzt nur noch das Garde-Kavallerie-Eskadron-Korps in seinen Reihen, nach diesen die übrigen Truppenteile aus dem Kriege zu vergleichen, siehe sich selbst betrügen wollen. Außerdem befinden sich in Preußen und einzelnen Bundesstaaten noch Truppen, die aber nicht den Anspruch auf absolut zuverlässige Kerntruppen machen können und schon vielfach durch Einstellung von freiwilligen angeknackelt sein lassen. Sich auf die freiwilligen verlassen, wäre auch Selbsttäuschung: Die meisten Leute laufen zu und bleiben, weil sie Geld und Nahrung erhalten und der Dienst sie nicht drückt. Der Geist wird solange ein guter sein, als das eigene Leben nicht allgütig in Frage kommt. Schon im Kriege hielten sich höhere wie niedere Offiziere über den Geist in ihren Truppen, wie viel mehr muß das in einem zusammengeknackelten Soldatenheer der Fall sein! Man verwechsle nicht die Unterdrückung lokaler Unruhen in einer einzelnen Stadt mit einem großartig angelegten Plane zur Bekämpfung einer sozialistischen Wäre in einem ganzen Lande oder gar in ganz Deutschland! Man verwechsle nicht das Schießen gegen eine aufwühlende Gesellschaft mit dem Schießen in eine sich ruhig herausbildende Volksmasse! Wer das einmal gesehen hat, weiß, welchen Eindruck es auf den Gebildeten, wieviel mehr auf den Mann aus dem Volke macht. Alle diese Erwägungen sind nicht Theorie, sondern beruhen auf persönlichen Erfahrungen, Einbräuen und Rückschlüssen. Es muß also bekräftigt werden, daß sich ein Eingreifen mit Gewalt auf eine Truppe stützen kann, die einen Erfolg verbürgt.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich zum mindesten, daß die An-

wendung von Gewalt im Innern erst dann als letztes Mittel in Frage kommen kann, wenn kein anderes Mittel mehr vorhanden ist, um dem Kommunismus mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten.

Es bliebe also nur noch die Prüfung der Unterdrückung des drohenden Kommunismus durch friedliche Mittel. Hierzu muß man sich wieder die Gründe vergegenwärtigen, die, wie fröhe gesagt, zu dem Mißtrauen des Proletariats gegen die jetzige Regierung und damit zu einem Ausfallen, wenn nicht schließlich zu einem Verfall, der Reichheitssozialisten führen, nämlich, daß das Proletariat durch Regierung wie Nationalversammlung seine Wünsche nicht genügend berücksichtigt glaubt. Daß die rechts wie links stehenden Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei diesen Glauben nähren, kann ihnen als politische Partei nicht verbartet werden. Wenigstens ist es auch erklärlich, daß der Proletariat, der wenig oder nichts zu verlieren hat, sich lieber sofort in die Arme der radikalen Unabhängigen, d. h. in die des überherrschenden Kommunismus wirft. Hier liegt das Uebel, aber auch der Weg, es zu beheben!

Zwei Wege gibt es hierzu nämlich:

entweder die derzeitigen Mitglieder der bürgerlichen Parteien scheiden aus der Regierung aus und werden durch Reichheitssozialisten ersetzt,

oder die gesamte Regierung demissioniert und der Reichspräsident setzt an ihre Stelle eine rein sozialistische Regierung, zusammengesetzt aus Reichheits- und Unabhängigensozialisten.

Die letzte Lösung dürfte die beste sein. Durch sie würde nicht nur der größte Teil des Proletariats zur Ruhe gebracht, sondern auch die rechtsstehenden Unabhängigen zu einer reinlichen Scheidung von den kommunistischen Elementen ihrer Partei gezwungen werden. Die Nationalversammlung könnte ruhig bleiben, sofern die bürgerlichen Parteien soviel Vernunft aufbringen, um sich zu sagen, daß nur so auch sie gerettet werden können.

Weder von den beiden Wegen zu wählen ist, müßte von vorherigen Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den Reichheitssozialisten und den rechtsstehenden Unabhängigen zunächst abhängig gemacht werden. Ergeben die Verhandlungen, daß ein gemeinsamer Weg gangbar ist, so wäre, wie gesagt, eine aus beiden sozialdemokratischen Parteien zusammengesetzte Regierung; immer vorzuziehen, da dadurch das gesamte Proletariat mit Ausnahme der Kommunisten beruhigt werden könnte. Hätte man in diesen Weg früher beschritten, wäre die Frage des Rätesystems an die Bedeutung gelangt, die sie heute erhalten hat: das Proletariat sah seinen Schicksal gegen die jetzige Regierung wie die Nationalversammlung nur noch in dem Rätesystem. Diese war den Kommunisten Wasser auf die Mühle, denn nicht mit Unrecht mußten sie sich fragen, daß die jetzige Regierung wie die Nationalversammlung nicht für sie zu haben seien. Zu spät haben beide erkannt, daß ein Sperren gegen den Volkswillen zum Unheil führen müsse, man gab zu spät und nur halb. Das, was gegeben wurde, erwarb das Proletariat nicht als Gabe an, auch erkennt es wohl, daß es nur eine halbe Maßregel ist. Will man das deutsche Volk noch vor dem russischen Rätesystem „Alle Macht den Räten“ bewahren, so gebe man ein kluges, vernünftiges Rätesystem, das als zweite Kammer neben der Nationalversammlung tagt und in allen Fragen das Interesse des Proletariats vertritt. Die Furcht, daß aus diesem Zweikammersystem sich eine Ohnmacht der Nationalversammlung ergebe, läßt sich dadurch beheben, daß im Falle von unüberwindlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Nationalversammlung und Rätekammer das Referendum des gesamten Volkes entscheidet. Hierdurch würde nicht nur ein Gleichgewicht hergestellt, sondern sogar vielleicht ein Uebergewicht der bürgerlichen Parteien erzielt. Man wende nicht ein, das Referendum gebe in Deutschland nicht auszuführen. Vielleicht weil das Volk noch nicht politisch gefaßt ist? Nun, es ist schon so vieles Neues da und es geht. Die politische Schulung wird auch kommen, wenn das Volk erst vor einer Entscheidung steht, die es zu seinem Nutzen oder Schaden selbst treffen soll. Verlassen wir doch endlich einmal das Leben an dem Alten, das uns schon so teuer zu stehen gekommen ist. Gewiß ist es nicht ausgeschlossen, daß die erste Rätekammer mehr zu den Unabhängigen neigen wird, aber auch da werden bald ruhige gemäßigte Elemente Einzug halten, wenn erst einmal Tat und Arbeit vorhanden sind. Ein Derumkommen um die Rätekammer muß bei dem vorgeschrittenen Stand der Dinge verneint werden. Deshalb gewähre man sie, ehe die Einführung des russischen Rätesystems das Chaos herbeiführt!

In dieser Frage ist also eine Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien möglich. Ob sich in den übrigen Fragen eine Einigung zu gemeinsamer Arbeit erzielen läßt, müssen die Verhandlungen ergeben, doch ist es anzunehmen, nachdem durch ein Nachgeben im Rätesystem eine Hauptforderung der Unabhängigen erfüllt war.

Ist eine Einigung aber unmöglich und wird das dem Proletariat beweisen, so ist eine rein mehrheitlich sozialistische Regierung gerechtfertigt und wird auch von dem Proletariat anerkannt werden, wenn sie gleich die Frage des Rätesystems in oben angedeuteter Sinne verfassungsmäßig löst.

Welche Lösung man auch wählen mag, selbstverständlich ist, daß die derzeitige Nationalversammlung bestehen muß, solange der Frieden nicht abgeschlossen ist. Der Nationalstaat der bürgerlichen Parteien muß denselben sagen, daß sie das gemäßig nicht dornenlose Regierungsbündel einer wie immer zusammengesetzten sozialistischen Regierung mit allen Mitteln unterliegen muß, um Deutschland im Innern die Ruhe zu geben, und um den bisherigen Gegnern nicht ein weiteres Hinziehen der Friedensverhandlungen mit der Begründung zu ermöglichen, daß man nur mit einer von den Vertretern des Volkes anerkannten Regierung zu verhandeln bereit sei.

Ist der Friede geschlossen und die Gefahr des Kommunismus wirklich gebannt, so mag die jetzige Nationalversammlung aufgelöst werden, ebenso eine jetzt zusammentretende Rätekammer und das deutsche Volk seine Reichsvertretung auf Grund der neuen Verfassung wählen!

Kurz zusammengefaßt ergibt sich aus dem Vorstehenden, daß der Kommunismus nur bekämpft werden kann, wenn gleichzeitig: Von außen her Lebensmittel und Rohstoffe eingeführt werden, von innen her eine rein sozialistische Regierung eingesetzt wird, welche sofort das Rätesystem als neben der Nationalversammlung tagende Kammer in die Verfassung mit aufnimmt. Anders wird der Frieden im Innern Deutschlands nicht werden, und wenn er es äußerlich werden sollte, nie von langer Dauer sein! 20820

Everth & Mittelmann
Gegr. 1875. Bankgeschäft Gegr. 1875.
Berlin C. 19, Petriplatz 4
gegenüber der Petrikirche in
Fernsprecher: Zentrum 2373, 7103 und 11541.
Geschäftsstunden 10-1, 3-6 Uhr
Sonntagabend Geschäftszeit 9-3 Uhr.
Anmeldung ausländischer Effekten kostenlos.
Gewissenhafte Beratung bei Anlage der
treffgewordenen Kapitalien.

Reparaturen an Schreibmaschinen,
Rechenmaschinen, schreib.
Addier-Maschinen
In eigener mechan. Werkstatt bei billiger Berechnung.
Ausstattungsarbeiten! Ersatzteile!
Mietweise Abgabe von Rechenmaschinen.
Cosmas
Leipziger
Straße 23
neb. Kempinski-
Hilfstr. 1.
Fernspr. Zentr.
190 u. 619.

Proletariat, vereinigt Euch!
Um die Früchte der Revolution einzubringen und zu genießen, ist heute Einigkeit und Eintracht notwendiger als je zuvor. Diese werden erreicht, wenn die Arbeiter ihr Recht, ihren Wert, ihre Aufgaben und ihre Schuttmittel verteidigen und würdigen lernen. Die letzte Schritt:
„Dem Rechte, das mit uns geboren ist“
Licht solche Erkennnisse in gemeinschaftlicher Weise zu verbreiten, zu beherrschen bei allen Buchhändlern, Kolportage- und Zeitungsgesellschaften oder gegen Entlohnung von 1,00 M. beim
Verlag D. Meyer, Delmenhorst,
Städinger Str. 168.
Postfachkonto: Hannover 17 920.

Nur allein
Kunstspiel-Pianos u. Flügel
Virtuola
ermöglichen gleichzeitige Wiedergabe der Stimme
nach Auffassung d. Künstlers u. Selbstbegleitung
Römhildt A.-G. Leipziger Straße
119-120, 1. Stock
bezugsbereit, in bewährter
Qualität bietet an
Siegfried Reiche jun.
Göppelcher Straße 127.

Maifeier - Aufruf der Internationale.

An die Arbeiter der ganzen Welt!

Genossen, wir müssen aus dem 1. Mai eine Feier ohne gleichen machen. Der Krieg ist beendet. Die Internationale hat sich von neuem in Bern vereinigt. Es ist wahr, noch ist Europa zerklüftet und blutet. Die Leiden des Krieges lassen sich nicht in einem Tage überwinden. Große private Interessen haben sich mit dem Militarismus verschworen, um einen imperialistischen Frieden

zu machen und um die internationale Rivalität und Ungerechtigkeit fortzuwahren zu lassen, wagen sie es, das alte System der stehenden Heere, der großen Rüstungen und den Krieg selbst aufrechtzuerhalten.

Die Arbeiter werden diese Politik bekämpfen.

Die Proletariat der ganzen Welt werden an diesem Tage ihre Stimme zu dem lauten Ruf vereinigen: „Wir wollen keinen Krieg mehr, wir wollen keinen kapitalistischen Imperialismus mehr, der zum Kriege führt.“

Regierungen, die aus dem Kriege nichts gelernt haben, wünschen eine heilige Allianz herbei, die durch die Gewalt und die Diplomatie ihren Willen aufzuerlegen. Wir arbeiten an der Errichtung einer Gesellschaft der Nationen, gegründet auf die brüderliche Zusammenarbeit der Völker.

Unsere Forderung an diesem 1. Mai ist eine Gesellschaft der Nationen, gestützt auf die Demokratien und durch sie kontrolliert, nicht eine Liga der Regierungen, nicht eine Liga der Diplomaten, sondern

eine Gesellschaft der Völker.

Die Völker wünschen keine Armeen. Sie wollen keinen Krieg. Sie wollen ihren Regierenden das Recht nehmen, Krieg zu führen. Sie wollen in Frieden und Sicherheit der Anarchie der kapitalistischen Produktion entgegen, wollen die Weltstoffverteilung außerhalb jeglichen Monopols der Gewalt organisieren und so den Wohlstand aller vorbereiten.

Wir begrüßen die Befreiung der Nationalitäten, die gegen ihren Willen unter der Bedrückung militaristischer Staaten standen. Wir leugnen das Recht, den Nationalitäten durch Eroberung ein neues Recht aufzubürden. Wir proklamieren das unüberäußerliche Recht der Völker, über sich selbst zu bestimmen. Wir verlangen, daß die Völkerarbeiten im Schoße jedes Staates, in dem sie ihr Dasein führen, durch die Gesellschaft der Nationen ihre Freiheit und ihre eigene Kultur garantiert erhalten.

Mit Bitterkeit hat die Arbeiterklasse festgestellt, daß die Regierungen es nicht verstanden haben, schnell einen dauerhaften Frieden durch eine Methode der Mäßigung und der Demokratie, die den Zusammenschluß aller Völker wieder angeknüpft hätte, herbeizuführen.

Die Befragung der Völker und nicht die Säbelstiche soll die territorialen Fragen regeln. So oft dieses Prinzip angewendet wurde, haben die Schwierigkeiten noch immer geendet werden können. Wenn man sich ihm aber entzog, dann haben Konflikte und Widerstände neue Zustimmungen hervorgerufen.

Wir widerlegen uns jeder Annexion,

die die Freiheit der Völker verletzen würde, wir, die wir die Freiheit des Denkens, des Wortes und der Presse verkünden, die wir das Recht des Kapitalismus auf Ausbeutung der Individuen zurückweisen. Wir lehnen aus demselben Grunde auch das Recht der imperialistischen Staaten auf Ausbeutung der Nationalitäten ab.

In diesem Jahre feiern wir unseren 1. Mai in mitten von Ruinen. Und doch können wir uns freuen: die Demokratie steigt empor und breitet sich aus. Ohne Zweifel ist sie durch reaktionäre Tyrannei bedroht. Aber wir sind des Glaubens, daß

Demokratie und Sozialismus untrennbar

sind, daß die politische Macht des Proletariats und seine ökonomische Befreiung nicht voneinander geschieden werden können.

Die Arbeiterklasse hat zu dieser Stunde eine besondere Pflicht zu erfüllen. Die Kapitalisten suchen den Krieg auszuhebeln. Sie haben trotz der Kriegsteuern Milliarden Profite in die Tasche gesteckt. Sie wollen auch gerne noch erreichen, daß die Arbeiter die Kriegsschulden bezahlen. Unter dem Deckmantel des Patriotismus und der nationalen Entschuldigungen wollen sie neue Gebiete anneklieren, Kolonien zu wirtschaftlicher Ausbeutung und persönlichem Profit rauben. Die großen Industriearbeiter haben in allen Ländern vor dem Kriege durch die Bewaffnung der Völker gemeinsame Profite gemacht. Sie verfolgen auch heute die gleiche Politik, die aus dem Kriege, der Armut und der Verstärkung neuer kapitalistischer Profite zu ziehen sucht.

Dem Kriege muß eine große „Aushebung“ des Reichtums folgen, damit der nationale Reichtum, der sich jetzt in den Händen der Privatkapitalisten befindet, den nationalen Bedürfnissen nutzbar gemacht werden kann und nicht länger nur den Nutzen einer kleinen Zahl dient.

Der Lohnarbeiter kann nicht wieder in seine alte wirtschaftliche Lage zurückversetzt werden. Bei dem

Neubau der Welt

wird die Arbeit einen anderen Platz beanspruchen als früher. Immer noch zielt der Kapitalismus darauf ab, die Arbeit ihres Ranges zu entkleiden, aber jetzt ist die Arbeit in besserer Verteidigungsstellung.

Das in Bern ausgearbeitete Arbeitergrundgesetz ist das Mindestmaß dessen, was die Arbeiter fordern,

und in der ganzen Welt wird nun die Arbeit gleichen Schritts vorwärtsgehen.

Der Kampf entwickelt dann die sozialen Forderungen der Arbeiterklasse, Achtstundentag, Recht auf Bildung, Arbeiterschutz, Schutz der Frauen und Kinder, Koalitionsrecht, internationale Arbeiterschutzgesetzgebung usw. und schließlich:

Die Sache der Arbeiter ist überall in der Welt die gleiche. Genossen! Wir stehen vor einer neuen Welt. Die alte Welt ist durch die desorganisierenden Kräfte des Imperialismus, des Militarismus und des Kapitalismus aus den Fugen gegangen. Wie der Sozialismus es vorausgesagt hat, so ist die alte Ordnung der Dinge durch eigenen Selbstmord zugrunde gegangen. Sollen wir mit und auf ihren Trümmern das alte Gebäude der Ausbeutung und Ungerechtigkeit neu errichten?

Arbeiter, das hängt von Euch ab! Über alle Widerstände der alten Welt, über ihre eigenen laudenden Reformversuche hinweg arbeitet die Arbeiterklasse an der Gestaltung der neuen Welt. Die jetzt wiedererstandene Internationale

ist ganz erfüllt vom Arbeitswillen. Die Internationale ist, die die Gesellschaft der Nationen dauerhaft machen wird. Sie wird sie auf einen sicheren Pfad lenken, wird ihr für den Frieden immer reicher entwickelte schmieglamere und lebensvollere wirtschaftliche Einrichtungen und demokratische Lebensformen schaffen.

Last und daher unseren 1. Mai dazu weihen, den Grundstein zur neuen sozialen Ordnung zu legen, die auf Gerechtigkeit und Frieden begründet und allen Völkern gemein ist im Triumph der Freiheit und der Demokratie.

Mögen der Sozialismus und die Internationale das Lösungswort der Arbeiter der ganzen Welt sein.

Die Internationale sozialistische Kommission der Berner Konferenz. (C. S. J. C. S.)

nehmen, da sie ihm erst gestern zugegangen sind. Der Hauptvorstand ist nicht Gegner des Rätesystems ebenso wenig wie der Vorstand irgend einer anderen Gewerkschaft. Der Hauptvorstand hatte bereits Vorschläge für die Einführung des Rätesystems gemacht noch dem Ratgeber, wie es die Bergarbeiter haben. Der Vorstand hat ja durch die Einberufung der gegenwärtigen Konferenz bewiesen, daß er kein Gegner des Rätesystems ist. Der Eisenbahnerverband ist nicht von den Eisenbahnern, sondern von den anderen Gewerkschaften gegründet, weil es die Eisenbahner aus eigener Kraft nicht konnten. Der Eisenbahnerverband läßt also so weitgehende Fragen nur in Gemeinschaft mit den anderen Gewerkschaften lösen. Wenn die Eisenbahner vor der Revolution nur den letzten Teil des Rates gehabt hätten, von dem sie heute befehl sind, dann würden sie schon viel mehr erreicht haben. (Zustimmung.) Wenn die Reaktion wieder einsetzen sollte, dann gehen die Eisenbahner wieder zum Zeusel. (Sehr richtig!) Im Ausschuss obzuliegen über meine Tätigkeit im Verbandsvorstand und im Ministerium ist hier nicht das Forum. Nur die Generalversammlung des Verbandes hat zu entscheiden, ob ich bleiben soll oder nicht. — Die Gewerkschaften sind auch in Zukunft noch nötig. Auf das Streikrecht können wir auch im sozialistischen Staat nicht verzichten, denn auch da wird es immer noch Differenzen geben. Die Vorstände der Gewerkschaften haben sich dahin verständigt, daß den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht gewährt werden muß in der gesamten Produktion, beginnend in den einzelnen Betrieben bis in die Spitzen der zentralen Organisation. Es sollen Arbeiterräte geschaffen werden, die im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und gestützt auf deren Macht, die Demokratisierung der Betriebe durchzuführen haben unter Anwendung von Kollektivverträgen, die gesetzlich festzulegen sind. Wenn eine Verständigung zwischen den Arbeiterräten und den Gewerkschaften zustande kommt, was ich von Herzen wünsche, dann wird die Frage des Rätesystems bald gelöst sein.

Nachdem noch mehrere Redner für das Rätesystem eingetreten waren, wurden die weiteren Verhandlungen auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Der Arbeiterrat ersucht uns, mitzuteilen, daß in der heutigen Sitzung Eduard Bernstein als Referent und Ernst Däumig als Korreferent über das Rätesystem und die Gewerkschaften sprechen. Den Interessierten stehen Plätze auf der Zuhörtribüne zur Verfügung.

Parteinachrichten.

Die Konferenz sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, die am zweiten Ostertag in Berlin stattgefunden hat, hat erfreulicherweise in weiten Kreisen unserer Parteigenossen, besonders der parteigenössigen Lehrerschaft, lebhaftes Interesse erweckt. Es gelangen zahlreiche Zustimmungsurkunden und Anfragen an die zuständige Stelle, bei denen auch gelegentlich das Ersuchen über die geringe Zahl der Teilnehmer, die leicht zu einem falschen Rückschlusse auf die Zahl sozialdemokratischer Lehrer in Berlin führen könne, zum Ausdruck gelang.

Der Vorstand der neugegründeten Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen teilt demgegenüber mit, daß es sich dieses Mal noch nicht um eine allgemeine und öffentliche Konferenz handelt, sondern, daß zunächst nur aus jedem Parteibeitzel Deutschlands im Einvernehmen mit den Parteileitungen der Partei und den schon bestehenden sozialdemokratischen Lehrervereinigungen je ein Vertreter nach Berlin geladen war. Nur einige nähergelegene Bezirke und besonders Groß-Berlin waren durch mehrere Delegierte vertreten. Folgende Parteibeitzel hatten Lehrer zur Konferenz entsandt: Groß-Berlin, Brandenburg, Nieder-Rhein, Hannover, Westfalen, Hesse-Rhodo, Provinz Sachsen, Pommern, Ost- und Westpreußen, Böhmen, Schlesien, Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Oldenburg, Mecklenburg, Lübeck, Sachsen (Bundesstaat), Braunschweig. Nicht vertreten waren aus Gründen der gegenwärtigen Verkehrsschwierigkeiten die Norddeutschen Länder Bayern, Württemberg, Baden und Hesse, ferner die Parteibeitzel Leipzig, Jüdow, Dortmund und Köln.

Über den Hauptvorstand mit dem Sitz in Berlin ist ein Hauptausfluß eingeleitet worden, dessen Mitglieder zumeist außerhalb Berlins ihren Wohnsitz haben. Ihm gehören zurzeit an die Lehrer (Brandenburg und Westpreußen), Dr. Witte (Groß-Berlin), Vordere (Brandenburg und Pommern), Hoff (Pommern und Schlesien), Wenda (Prov. Sachsen), Richter (Schleswig-Holstein und Mecklenburg), Rehr (Hannover und Braunschweig), Doht (Westfalen), Weh (Hesse), Löwer (Rheinprovinz), Schulze (Sachsen), Kanier (Hamburg, Bremen, Lübeck, Oldenburg). Für die nicht vertretenen Bezirke Bayern, Baden, Württemberg und Thüringen sind Sitz im Hauptausfluß offen gehalten worden.

Eine umfassende und energische Werbetätigkeit für die Arbeitsgemeinschaft wird in Kürze durch den Hauptvorstand und die Orts- und Beitzelgruppen in die Wege geleitet werden. Alle Zuschriften in Sachen der sozialdemokratischen Lehrerorganisation sind zu richten an den Vorsitzenden Heinrich Schulz, Berlin SW 68 Lindenstr. 8.

Industrie und Handel.

Reich u. Martin u. O., Berlin. Laut Geschäftsbericht war der Betrieb in 1918 hart beschäftigt. Es wurde in allen Abteilungen eine beträchtliche Steigerung der Leistung erzielt. In Maschinen und Werkzeugen für Metallbearbeitung waren die Verhältnisse bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen. Nach Abhebung der erhöhten Kriegsteuern-Miße lag bleibt jedoch der Reingewinn, 379 244 M. (i. S. 411 808) hinter dem Vorjahre zurück. Die Abschreibungen sind auf 15 000 (31 300) M. bemessen. Es wird eine Dividende von 7 1/2 (10) Proz. in Vorschlag gebracht. Die Ausschüsse werden wie folgt beurteilt: Auf den Geschäftsgang des neuen Jahres sind die Schwierigkeiten in der Rohlenversorgung und die Verkürzung der Arbeitszeit nicht ohne Einfluß geblieben. Mit Aufträgen sind wir reichlich versehen, so daß die Aussichten als befriedigend bezeichnet werden können, sofern die Arbeitsverhältnisse sich erträglich gestalten.

Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A. G., Berlin. Wie wir dem Geschäftsbericht für 1918 entnehmen, begiffert sich der Uberschuß auf 5,5 (4,4) Millionen Mark. Die Anflüsse sind von 824 272 M. i. R. auf 1 162 881 M. gestiegen. Der verbleibende Reingewinn beträgt 2 868 776 M. (2 812 825), wovon wieder 12 Proz. Dividende zur Verteilung gelangen sollen. Die Umstellung zur Friedensarbeit ging schnell vor sich. Die Abteilung für Wasser-versorgung bedingt wieder eine regere Tätigkeit zu entwickeln. Einige Bauten sind zu angenehmen Bedingungen herangegenommen.

Für die Roboter Abteilung des Unternehmens wurden auch Roboterarbeiten übernommen, insbesondere für Teile des Lokomotivbaus. Infolge Verringerung der Ertragsfähigkeit der Roboter Abteilung wurde beschlossen, diese Fabrik stillzulegen. Dies soll jedoch mit Rücksicht auf die schwierigen Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten entgegen dem ursprünglichen Plan nur allmählich erfolgen.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Kufrone läßt man einen Enkelstaden und eine Nummer bei. Briefliche Kufrone wird nicht erteilt. Bitte Kufrone tragen man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 8, 2. Hof links, 4 Treppen, 4 bis 7, Sonnabend 2 bis 6 Uhr nachmittags vor. Schriftliche Briefe und Beiträge sind mitzubringen.

R. S. 376. 1. Gemeindebehörde (Machtrath), 2. Landbesitzerungsamt, leisten die Frau u. B. des Ablasses bereits 200 Wintertage in Grund eigener Reichertumsfähigkeit gestellt hat. Die Antragsfrist ist aber verstrichen. 3. Rätische Heimstätten G. m. H. B., Berlin, Joachimsthaler Str. 10. — **R. S. 2.** Für Land- und Forstwirtschaftsbetriebe ist die Arbeitszeit sofern nicht tariflich günstigere Bedingungen vereinbart sind, während 4 Monate auf durchschnittlich 8 Stunden, während weiterer 4 Monate auf durchschnittlich 10 Stunden und während der restlichen 4 Monate auf durchschnittlich 11 Stunden festgelegt. In die Arbeitszeit sind die Wege zum Hofe zur Arbeit und zurück einzurechnen, nicht dagegen die Arbeitspausen.

R. S. 100. Seien Sie sich mit der Handwerkerammer Berlin, Tankstr. 4, evtl. mit dem Magistrat in Verbindung. — **W. S. 1.** Reichstr. 1884. 1. Ja. 2. Behn Standesamt, bei dem der Geburtsakt gemeldet ist. — **G. S. 2.** Nach Ablauf der sechs-wöchentlichen Frist und nach erfolgter Aufforderung können Sie die öffentliche Verteilung beantragen, durch einen Gerichtsbevollmächtigten oder durch einen öffentlich bestellten Notar.

R. S. 6. Handelt es sich um die Frage der Kapitalabfindung, so ist der Antrag bei der Erbbehörde zu stellen. Überdem kann der Erbschaftsbesitzer sich an die Zentralstelle für Anordnungen Reichsbürger, Berlin, Grunewald 70, wenden. Es besteht Geschäftsstelle für Bonn und Konstanz, die zwischen 11.30 Uhr und 14.40 Uhr erwarten (Mittwochsdienstag).

Grünstr. 11. Die Ablehnung der Erbschaftssteuererklärung ist in Ihrem Falle unbedenklich. Wenden Sie sich an die Zentrale der Erbschaftssteuerbehörde, Berlin, Grunewald 70, evtl. an den Vermögensverwalter des Magistrats. — **R. S. 39.** Ja. — **Voll 16.** Dagegen läßt sich nichts tun. — **Voll, Felsenborf.** Günstig von den getroffenen Vereinbarungen bezug, den erlassenen Bestimmungen ab die wir nicht können. — **R. S. 100.** 1. bis 3. Ja, sofern der Unterhalt überwiegend befristet ist. 2. und 3. Geizigeschäft Berlin, beim Oberpräsidenten in Potsdam. 4. Anfrage beim hiesigen Beauftragten, evtl. Beauftragte an die vorhergehenden Stellen.

C. R. 26. Ja. — **R. S.** Aus § 13 der Verordnung vom 21. Dezember 1918 kann das Mitbestimmungsrecht bei Einstellung und Entlassung u. c. nicht gesichert werden. Gleiches nicht das Recht für die Angehörigen des Reichs bei Behörden, an Sitzungen der parlamentarischen Körperschaften teilzunehmen. — **G. S.** Wir sind über die Absichten der Regierung nicht unterrichtet. — **R. S. 85.** In ausgedehnter Weise. — **R. S.** Wenden Sie sich an den Bund der Kriegsberechtigten, Lindenstr. 114. — **R. S. 11.** Solche Stellen existieren nicht.

Konferenz der Eisenbahnarbeiterräte Deutschlands.

In der letzten Radmittags-Sitzung berichtete die Mandatsprüfungskommission, daß 65 Vertreter aus allen Teilen Deutschlands mit Ausnahme von Württemberg anwesend sind.

Die Diskussion über den Bericht des provisorischen Zentralrats wurde fortgesetzt. Mehrere Redner betonten, verschiedene Verwaltungsstellen hätten sich schon mit dem Rätegedanken abgefunden und die provisorische Einführung desselben zugelassen. Für die Bezirke, wo das noch nicht geschehen ist, wurde die sofortige provisorische Einführung gefordert. Kollege Keller-Kassel sagte, Brunner, der als Vertreter der Eisenbahnerorganisation beigeordnet im Ministerium geworden sei, vertrete nicht mehr die Interessen der Arbeiter. Er habe sich ansehnend gegen das Rätesystem ausgesprochen und könne nun dem Minister gegenüber nicht mehr für dasselbe eintreten. Deshalb müsse Brunner von seinem Posten entsetzt und durch einen entschiedenen Vertreter der Arbeiterinteressen ersetzt werden. — Neuche, Eberfeld und Fiege-Hamburg schlossen sich dieser Forderung an. Der letztere bemerkte noch, der Hauptvorstand des Verbandes verhalte ungeheuer gegen das Rätesystem. Wenn die Forderungen durchgeführt werden sollen, dann müssen die Beamten eine geschlossene Front mit den Arbeitern bilden. — Fiege-Kattowitz meinte, man solle nicht die Entfremdung Brunners verlangen, sondern sich mit ihm darüber verständigen, was er im Interesse der Arbeiter durchzuführen habe. — Däfelge-Werke (Oldenburg) sagte, wenn Brunner gehen solle, dann müssten die sozialistischen Minister erst recht gehen, denn auch sie hätten sich den Forderungen der Arbeiter entgegen. (Zustimmung.) — Reumann-Hannover erklärte, die Arbeiter treten geschlossen für das Rätesystem ein und werden es durchsetzen. Der Minister Deser sei nicht der rechte Mann an seinem Platz. Seine Taten seien eine Vergeßlichkeit der Eisenbahner. Bei der Ernennung des Ministers hätten die Arbeiter mitreden. Auf Verlangen der Konferenz äußerte sich Brunner über die Stellung des Hauptverbandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes zum Rätesystem und den Frontierer Richtlinien. Er sagte: Zu den vorliegenden Richtlinien, die ja eine Forderung der Frankfurt-Verträge sind, konnte der Vorstand noch nicht Stellung

Deutsche!

Die Ihr noch deutsch fühlt und die Liebe zum Vaterland höher stellt, als den Parteihader, steht zusammen in flammendem Protest gegen den Bolschewismus, scharf Euch fest um die Regierung, die Ihr selbst gewählt habt, duldet nicht, daß sie weiter durch die Sogereien herrschsüchtiger Elemente an der Erledigung ihrer schweren Aufgaben behindert wird.

Deutsche, wie tief sind viele von Euch gesunken, die jetzt Zeit für leichtfertige Vergnügungen finden. Ist es nicht eine Schmach, daß gegen Tanz und Prassereien erst Polizeiverbote erlassen werden müssen? Wißt Ihr nicht mehr, daß in Rußland wie im Tollhaus getanzt wurde, bevor der restlose Zusammenbruch kam? Jedem, der noch einen Funken Vaterlandsliebe hat, seid Ihr tief verächtlich. Recht geschieht Euch, wenn Ihr aus Euren Stellungen verdrängt werdet. Für Euch Schmarozker ist im neuen Deutschland kein Platz!

Wir brauchen ernste Menschen, die arbeiten!

Nur die Arbeit kann uns erretten, uns vor dem Verhungern bewahren. Deutschlands Landwirtschaft ist zu klein, um unser großes Volk zu ernähren. Jetzt, nachdem sie in vier Kriegsjahren ausgezogen wurde, kann sie es weniger als je. Die Industrie muß helfen, sie, der Deutschland in überwiegender Maße seine frühere Weltmachtstellung verdankte.

Was will der Bolschewismus?

Die Landwirtschaft gänzlich entkräften, die Industrie vernichten, die Massen durch Not zur Raserei treiben, den völligen Zusammenbruch herbeiführen, um dann durch Raub und Plünderung sich müheless die Taschen zu füllen. Deshalb schleudert der Bolschewismus dorthin, wo gegenwärtig der Ursprung aller Kraft liegt, in die Kohlenbergwerke, immer von neuem die lodende Fackel des Aufruhrs! Die Streiks in den Kohlenbergwerken sind das größte Verbrechen, das je an einem Volke begangen wurde. Wären Kohlen vorhanden, so hätte die Landwirtschaft Stickstoffdünger für den erschöpften Boden, der niedergebrogene Verkehr würde sich erholen, Millionen fleißige Hände brauchten nicht zu feiern; Kohlen und Industrieprodukte wären Tauschobjekte, um vom Auslande Lebensmittel zu beziehen.

Deutsche, wollt Ihr Euch diesen Frevel am deutschen Wirtschaftsleben länger gefallen lassen? Arbeiter, haben die Schlagworte Eurer Verfäher Eure Urteilsfähigkeit völlig ertötet? Ihr habt eine Regierung gewählt. Diese Regierung ist bestrebt, Ordnung zu wahren, Weib und Kind zu schützen. Welche Ungehörlichkeit ist es, daß Eure Arbeiterräte es wagen, sich gegen die von Euch selbst gewählte Regierung zu wenden und die Truppen, die nur bestimmt sind, Verbrechen zu verhindern und die Heimat gegen den im Osten andringenden Feind zu schützen, zu beschimpfen! Wer sich so verhält, nimmt Partei für die Verbrecher, stellt sich selbst auf eine Stufe mit ihnen. Gewiß, es sind Uebergriffe bei den Regierungstruppen vorgekommen, aber waren diese nicht durch die unmenschliche Grausamkeit der Spartakisten aufs schwerste gereizt?

Fühlt Ihr nicht, daß Ihr mißbraucht werdet? Versucht es einmal, ehrlich gegen Euch selbst zu sein. Nimmermehr werdet Ihr, die Ihr gewohnt seid, Eure Pflicht zu tun, die Arbeiterwehr bilden. Aus arbeitsscheuem Gesindel wird sie sich zusammensetzen, das, gleich der Volksmarinebrigade und dem roten Soldatenbund, nichts anderes ersehnt, als unter dem Deckmantel militärischer Zugehörigkeit auf Plünderung auszugehen. Schon ebnen sich die Bolschewisten die Wege für zukünftige verbrecherische Taten; sie fordern den Amnestieerlaß, um die der Freiheit wiedergegebenen Schwerverbrecher, Zuchthäuser und Deserteure erneut auf die Menschheit loszulassen.

Deutsche, wacht auf! Denkt an die graufigen Massenmorde in Rußland, setzt der Gewalt des bolschewistischen Terrors die Gewalt Eures guten Rechts entgegen, des Rechts, mit dem Ihr als freieste Bürger Eure Regierung gewählt habt.

Nicht um reaktionäre Ziele handelt es sich, sondern um äußersten Widerstand gegen die Verwaltungsversuche einer herrschsüchtigen Minderheit.

Weshalb Arbeiterwehren schaffen? Eine

Deutschwehr!

wollen wir haben, in der jeder Stand, jeder ehrliche Deutsche gleiches Recht hat, in der es Parteien nicht gibt, sondern nur den einen festen Willen, Ordnung und Gerechtigkeit walten zu lassen.

Sinein in die Freiwilligen-Verbände, Ihr Deutschen, denen das Vaterland noch etwas gilt. Schützt nicht Zeitmangel vor, Ihr könnt als Zeitfreiwillige kommen und werdet nur bei dringender Gefahr gerufen.

Ihr aber, die Ihr für Euer Leben fürchtet, oder die Ihr alt und gebrechlich seid, Ihr habt die Pflicht, zu geben und nochmals zu geben und koste es einen Teil Eures Vermögens. Denkt, daß ein Menschenleben sich nicht mit Geld aufwiegen läßt und daß Ihr alle mit Vernichtung bedroht seid, wenn wir dem Feind nicht stark entgegentreten.

Gewaltige Mittel sind erforderlich! In die vielen Millionen gehen die Summen, die Rußland nach Deutschland sendet, um durch Bestechung den Bolschewismus zu fördern. Auch wir können Millionen aufbringen, werden es aber tun zum Schutze Deutschlands und deutscher Art. Kommt also nicht mit spärlichen Spenden, wie Ihr sie bei Sammellisten zu geben gewohnt seid.

Manchen hat der Krieg reiche Erträge gebracht, wenn Ihr nicht viel davon gebt, wird Euch alles genommen!

Die Raubsucht des Bolschewismus schleicht um Euer Haus, Hunger und Tod klopfen an Eure Tür, schließt Euch zusammen und gebt!

Freiwillige Wirtschaftshilfe für den Ost- u. Heimatschutz („Osthilfe“) e. V. Vollbeh.

Alle hiesigen Großbanken und ihre sämtlichen Depostenkassen und Zweigniederlassungen sind bereit, Beiträge unter dem Stichwort „Osthilfe“ entgegenzunehmen:

Postsparkonto Nr. 1133 Bank für Handel und Industrie für Konto „Osthilfe“ beim Postsparkamt in Berlin NW 7.

Die Banken sind wieder geöffnet.

Hausammlungen sind strengstens verboten!

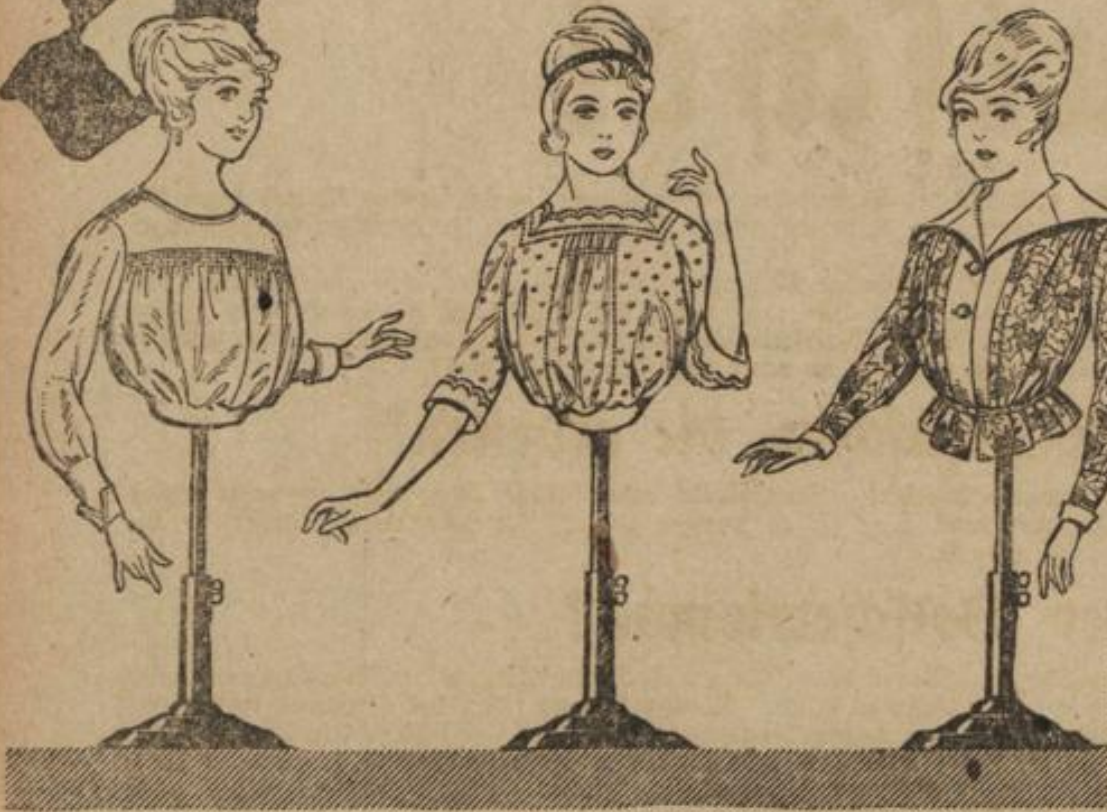
Die Verfügung und Kontrolle über diese Spende liegt in den Händen einer Kommission, der u. a. angehören:

- der Chef des stellvertretenden Generalstabes der Armes,
- der Befehlshaber der Freiwilligentruppen,
- ein Mitglied der Preussischen Regierung,
- ein Mitglied des Kriegsministeriums als Verwaltungsbehörde sämtlicher Truppen.

Deutsche, die Ihr mit uns fühlt, gebt diesen Aufruf weiter, sorgt, daß er jedem Deutschen zur Kenntnis kommt!

Hauptgeschäftsstelle der „Osthilfe“: Charlottenburg 5, Neue Kantstr. 18.

Größen Sie



Entzückende Paillette-Bluse
hervorragende Qualität, besonders jugendliche Ausfertigung in diesen garten Farben **69.50**

Weisse Wasch-Bluse
aus guter, reizend bestickter Ware mit Hoblsaum-Verzierung nur **36.-**

Moderne Frühjahrsbluse
aus sehr feich gemustertem Washstoff, guter Qualität, mit weißem Wesen-Einschlag und eleganten Knöpfen. Sehr sauber verarbeitet nur **59.-**

an Hand dieser Beispiele, ob wir Ihnen nicht das Richtige zu bieten vermögen.

Nicht nur in Bezug auf Formen, sondern auch in Bezug auf Stoffe, Ausstattung und vor allem in Bezug auf Preise.

Diese 4 Beispiele sind natürlich nur eine verschwindend kleine Probe aus unserem ganz gewaltigen Blusenlager. Und jedes einzelne Stück ist gleich vorteilhaft.



Hocheleg. Bluse
aus einem zarten seidnen Chappo-Volle, Vorder- und Rückenteil ganz in Fältchen gelegt. In verschiedenen farbenfreudigen Tönen nur **88.-**



Königstraße 33 Chausseestraße 113

Am Bahnhof Alexanderplatz Beim Chausseebahnhof
Sonn tags geschlossen!

Ziehung 13., 14. u. 15. Mai.

Geld-Lotterie

der Deutschlands-Spende f. Säuglings- u. Kleinkinderschutz.
250 000 Lose 10 000 Gewinne im Gesamttrage Mk.:

250 000
Hauptgewinn bar ohne Abzug Mk.:

75 000 | 30 000
20 000 | 10 000

Lose 3 Mk. Porto und Liste 45 Pfg. extra in Lotteriegeschäften u. durch
Lud. Müller & Co., Berlin W.,
Wardorger Markt 10
Telegr.-Adr.: Ollschankiller

Margraf & Co

Ranonierstraße 9
Tauentzienstraße
Juwelen
Spez. Perlenketten

für Ankauf besondere Abteilung

Tabak

Mischung „Nordländer“ (Mittelschnitt) 70 Gramm 85 Pfennige, Feinschnittmisch. „Goldrose“, 50 Gr. 70 Pf. M. Guttmanns neue verb. Pfeifenm. (Gröb-schnitt) 100 Gramm 1.05 M. „Gutlicht“ (Anklor 8 rillschnitt) 70 Gr. 1.30 M. (Tabak- und Weichselm.) 65 Gr. 1.20 M. in den einschlägig. Geschäft. geg. Vorzeig. dieser Anzeige erhält. Wiederverkäufer. verl. Angeh. Der Ueber-gangzeit Rechn. tragen sind meine Marken auf das Weitmögl. vervollk. u. befriedigen jetzt den anspruchsvollst. Raucher. Jeder mache im eigenen Interesse einen Versuch.

M. Guttmann,
Berlin O 27, 1.
Alexanderstr. 22.
Charlottenburg
Feldamer Str. 12.
Kohlentorstr. getucht.

Gute Bücher für den Chestand

In mehr als 100 000 Familien verbreitet.

Der Mensch

Werden, Sein und Vergessen. Von H. Fischerhoff.
Mit 4 farbigen Tafeln und ca. 20 Illustrationen.
Preis gebestet M. 7.50, gebunden M. 10.-
Ferner: **Mann und Weib**
Eine Gesamtdarstellung ihrer stitlichen, physiologischen und kulturhistorischen Beziehungen von Dr. G. Meixner.
Ein 60 Seiten starker Band.
Preis gebestet M. 6.-, gebunden M. 8.-
Eines der besten und gültigend ergründeten Werte ist

Das Geschlechtsleben des Weibes

von Frau Dr. Fischer-Düntelmann. 2. vermehrte und verbesserte Auflage mit vielen Illustrationen und einem serigraphen Modell des Frauenkörpers in der Entwicklungsperiode. Für jede Frau, die Mutter werden möchte, für jeden Gatten begehrenswert.
Preis geb. M. 5.-, eleg. gebunden M. 6.50
Professor Kollmer nennt das begrifflich aufgenommene, soeben in 5. Auflage erschienene Werk der Frau Truska-Baginat!

Ein Freudentag ist Washtag

mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Liebigs“ Dampf-Wasch-Automaten, der dauernd arbeitssah. Arbeits-lohn, Seife und Feuerung erspart und in jedem Raum für Gas- und Küchenherd benutzbar ist, ohne jede Bedienung, größte Schonung der Wäsche, selbst mit den markenfreien Seifenersatzmitteln, wovon wir das Bestbewährte auf Wunsch liefern. Die Anschaffung wird evtl. auch durch bequeme Zahlungsweise erleichtert. Preis je nach Größe und dem zuzelt in Frage kommenden Feuerungsanschlag von 61 Mark an. Näheres durch Preisliste V. mit Abbildungen gratis.
„Liebigs“ Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 27a.

„Sanabo“-Behandlungsstelle für Harnleiden.

Aeraltischer Leiter: Sanitätsrat Dr. Wollt.
Berlin, Bülowstr. 12, part. **Bewährte Neuordnung (D. R. P.).**
Tel.: Lützow 9604. **Spülvorfahren zur Beseitigung von**
Sprechst. 12-2, 6-8 Sonntags 11-1. **Ausflüssen u. chron. Katarrhen.**

Prospekte.

1000fach bewährt hat sich unter

Spezialmittel gegen Bartflechte

und andere Flechten.
Wirkt schnell und sicher, auch bei alten Fällen.

Diese Anfermnungen und Dantflechten.
Pl. 10., Pl. 6.50, Probef. 4.-
In haben in Apotheken u. Drogerien oder direkt bei
W. A. Müller & Co.
Dln. - Feidenau,
Raiser-Allee 103.
Berlins gegen Nachn.

Die aufgeklärte Frau

„Das Weib, das sie über und für die Frau erkennen ist.“
Mit vielen Illustrationen von ersten Künstlerinnen der Frau aus allen Lebenslagen.
Preis geb. M. 5.-, eleg. gebunden M. 6.50
Die Bücher sind einzeln oder zusammen zu beziehen durch
Hogler & Co.,
Berlin W 9, Köthener Straße 27, Abl. 9.

Kredithaus „ANDERS“

am Bahnhof Wedding.
Größtes Haus direkt am Nettelbeck-Platz.

Auf Teilzahlung MÖBEL und Polsterwaren

Riesen-Auswahl. Billigste Preise. Sehr kulante Bedingungen.

Kredithaus „ANDERS“

Größtes Haus direkt am Nettelbeck-Platz.
Reinickendorfer Straße 16
Park- und Gerichtstraßen-Ecke.
Porterre. I., II., III. u. IV. Etage.

TROCKENPARFÜM

Lebona Berlin

HAUT CREME

Überall erhältlich

Gelegenheitskauf.

Küchen

von 7/11*
250 Mark
bis
2000 Mk.
Kein Laden.
Küchenmöbel-Verkaufslager
F. Meilinger,
Brunnenstr. 60.
Fernspr. Norden 132.



polytechnischer Pol-Verlag
F. Ullrich & Co. H.
Strelitz in Mecklenburg
Katalog über jeden Lehrsatz
für Selbstunterricht unsonst

Möbel

günst. Einkauf Speise- u. Schlaf-Zimmer.
Küchen
DORN, Weinmeisterstr. 9
unweit Pfandkammer.

Keine Wanze mehr

tür M. 2.-
nur mit Kammerjäger Bergs Nicolaal I u. II zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erlöse verbilligt, Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt. Doppelpaket M. 2.-, Ausreichend für 1 bis 3 Zimmer und Betten.
Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim. Bei Eins. von M. 2.40, oder Postscheckkonto Berlin 31 296 portofrei. Zus. durch Herrn A. Groedel, Berlin, Königgrätzer Str. 49

Läuse

Kopfläuse samt Brut vernichtet das Radikal-
mittel „Probitomat“.
1/2 Flasche in Waschpulv. 3.90
1/2 Flasche in Waschpulv. 5.90
Löwen-Apothek, Hannover.

Automobile.

Größtes fettes Angebot in Person- und Lastkraftwagen.
1902 **R. Beck, Automobile, Haderleben (Sachsen)**

Weltbekannt und anerkannt

ist der

Vervielfältigungs-Apparat Schapirograph.

Wieder mit echten Glycerin-Rollen lieferbar!

Tadellos scharfe Abzüge von Handschrift, Maschinenschrift oder Zeichnung. Einfachste und praktischste Handhabung. Billigster und bester Vervielfältigungsapparat. Man verlange kostenfrei Prospekt u. Druckproben.

A. Schapiro, Berlin C, Stralauer Str. 56.
Telephon: Zentrum 2891. 6/2*